

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringselgeld monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.00. Erhalten tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, D. Tel. 2405. Sprachstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis frühestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 42.

Dresden, Freitag den 21. Februar 1913.

24. Jahrg.

Der Rat zu Dresden verweigerte der Arbeiterschaft Dresden den Ausstellungspalast zur Abhaltung der Reichstagswahl.

Bei den Kaufmannsgerichtswahlen in Frankfurt a. M. erlitten die Sozialisten eine schwere Schlappe.

Der deutsche Handelskongress fordert besseren Arbeitsschutz.

Ein Landungsversuch Oberer Weichsel bei Galtport ist abgeblieben.

In Tokio sind 4000 Häuser niedergebrannt. 12 000 Menschen sind obdachlos.

## Die Auflösungsgerichte.

Eigentlich sind die Auflösungsgerichte nicht zur Ruhe gekommen, so lange der gegenwärtige Reichstag besteht. Was nach der Wahl am 12. Januar 1913 blieb es, mit diesem Reichstag, der 110 Sozialdemokraten aufweist, werde es nicht lange dauern. Aber am Schluß seiner ersten Arbeitsperiode im Mai vorigen Jahres erteilte der Reichstag dieser Partei eine Resolution, die die Auflösung des Reichstages im Falle der Wahl einer sozialdemokratischen Mehrheit im Reichstag forderte. Diese Resolution ist die Grundlage der Auflösungsgerichte, die jetzt in der Reichstagskommission verhandelt werden. Die Auflösung des Reichstages ist eine sehr wichtige Angelegenheit, die die Zukunft des Reiches berührt. Die Sozialdemokraten sind für die Auflösung des Reichstages, die die Wahl einer sozialdemokratischen Mehrheit im Reichstag zur Folge hätte. Die Liberalen und Konservativen sind dagegen, da sie die Auflösung des Reichstages als einen Angriff auf die Verfassung ansehen. Die Frage ist, ob die Auflösung des Reichstages notwendig ist, um die Interessen des Volkes zu wahren.

Wir haben wiederholt und erst in der letzten Wochenschrift über die Auflösungsgerichte berichtet. Die Auflösung des Reichstages ist eine sehr wichtige Angelegenheit, die die Zukunft des Reiches berührt. Die Sozialdemokraten sind für die Auflösung des Reichstages, die die Wahl einer sozialdemokratischen Mehrheit im Reichstag zur Folge hätte. Die Liberalen und Konservativen sind dagegen, da sie die Auflösung des Reichstages als einen Angriff auf die Verfassung ansehen. Die Frage ist, ob die Auflösung des Reichstages notwendig ist, um die Interessen des Volkes zu wahren.

Der Reichstag hat in seinem Artikel über die Auflösungsgerichte die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung auf Antrag der Reichstagskommission ausdrücklich anerkannt. Er sagte: „Konfliktsituationen im Reichstag, die die Fortdauer des Reichstages gefährden, werden durch die Reichstagskommission festgestellt.“ In der Tat, sagt das liberale Blatt, „rechnet man in parlamentarischen Kreisen vielfach mit der Möglichkeit einer baldigen Auflösung.“ Das liberale Blatt fügt allerdings hinzu: „Doch weiß man nicht, bei welchem Anlaß sie eintreten soll.“ Der Reichstagskommissioner, so wird weiter dargelegt, sei mit allen Parteien unzufrieden. Das Zentrum würde aber kaum wagen, die Auflösungsfrage zu berühren. Aber bei der Debatte über die Auflösungsgerichte wird die Frage der Auflösung des Reichstages wieder in den Vordergrund treten. Die Sozialdemokraten werden sich für die Auflösung des Reichstages einsetzen, während die Liberalen und Konservativen dagegen sein werden.

Wenn die Verhältnisse sich weiter so entwickeln, dann können wir die nächsten Wochen und Monate noch Erbanliches erleben. Da scheint mir vor allem die Frage der Auflösung des Reichstages zu stehen. Das Zentrum wird sich für die Auflösung des Reichstages einsetzen, während die Liberalen und Konservativen dagegen sein werden. Die Frage ist, ob die Auflösung des Reichstages notwendig ist, um die Interessen des Volkes zu wahren.

Will man die Auflösungsgerichte auf ihren wirklichen Wert zurückführen, so sind zwei Momente zu beachten, die die gegenwärtige politische Situation bestimmen. Einmal bedeutet der gegenwärtige Reichstag, wie wir seit Beginn seines Bestehens betont haben, etwas Unvollständiges, etwas, was nur als eine Uebergangsform angesehen werden kann. Es ist ein Reichstag, der nicht nur von sehr ungleichen Parteien gebildet ist, sondern auch von sehr ungleichen Interessen. Die Sozialdemokraten sind für die Auflösung des Reichstages, die die Wahl einer sozialdemokratischen Mehrheit im Reichstag zur Folge hätte. Die Liberalen und Konservativen sind dagegen, da sie die Auflösung des Reichstages als einen Angriff auf die Verfassung ansehen. Die Frage ist, ob die Auflösung des Reichstages notwendig ist, um die Interessen des Volkes zu wahren.

Ist aus diesen Verhältnissen heraus eine Konfliktmöglichkeit nicht gegeben. Es gibt konservative Kräfte, die unablässig beim Kaiser reden, daß es doch mit diesen 110 Sozialdemokraten keinesfalls auf die Dauer gehen könne. Es gibt ebenso konservative Kräfte, die sich zum Sprachrohr jener ehrgeizigen Kardorfer und Seblige machen, die aber Weismann's Leiche hinweg einem „starken Reichstangler“ den Weg zu bahnen bemüht sind.

Inmitten dieser unsicheren, von Intrigenpunkt gekennzeichneten Situation soll nun die Frage der gewaltigen Militärvorvermehrungen und der ebenso gewaltigen Kostenbedeutung zur Erledigung gebracht werden! Da ist für alle möglichen Vermutungen und Gerüchte reichlich Raum gegeben. Da ist die Frage, ob das Zentrum, ähnlich wie es schon in der Reichstagskommission begonnen hat, bei der Militärvorlage die Regierung durch allerlei Angriffe ärgern und so eine Auflösung provozieren will. Das ist möglich, aber, wie uns dünkt, nicht wahrscheinlich. Im Dezember 1906 hat das Zentrum die Auflösung des Reichstages wegen des Abtritts einiger Kolonialmissionen nicht gewollt und nicht erwartet, es wurde damals durch Willow überempfindlich. Jetzt wagt es noch weniger eine Auflösung wegen einer Militärvorlage ins Spiel zu bringen. Das Zentrum hat seine Kräfte und seine Kräfte nicht leicht dem Spiel ausliefern, nicht „national“ zu sein. Ferner müßte eine Wahl wegen der Militärvorlage die Anarchie der deutschen Parteizustände aufs äußerste steigern, indem das Zentrum gegen die Militärvorlage stehen würde, während die Konservativen als die eifrigsten Befürworter der Vorlage als die Feinde ihrer Freunde erscheinen. Noch viel ungewisser würde sich die Situation für die liberalen Parteien, besonders für die fortschrittliche Volkspartei, gestalten, die, wenn sie nach dem Fiktive des Willow-Waade mit den Konservativen gegen die Sozialdemokratie auch bei Stichwahlen gehen, die schwarzblaue Mehrheit wieder herbeiführen würden, deren glückliche Verwirklichung durch die Januarwahl von 1912 sie doch trotz befristet haben. Die Lust, bei der Militärvorlage einen Konflikt künstlich herbeizuführen und eine wilde Jagd gegen die Sozialdemokratie zu machen, ist zweifellos vorhanden. Eine ganz andere Frage ist es, ob die Konfliktbegierigen die Möglichkeit und die Kraft besitzen, ihre Pläne durchzuführen.

Das wichtigste Moment in den reaktionären Treiben ist die Vermögensfrage. Das ist die Haupt- und Kernfrage der ganzen jetzigen Situation, wie sie es schon im Jahre 1900 gewesen ist. Das ist der Schlüssel aller konservativen und radikalen Konflikte: wie können wir uns abwärts um die Reichssteuer auf den Besitz herumdrücken? Diese Frage belastet die Reaktionen noch weit über das noch vor kurzer Zeit angenommene Maß hinaus. Der Kaiser und der Reichstangler haben in ihren letzten Ansprüchen von der Opferwilligkeit gesprochen, die „das deutsche Volk“ dem Reich in großem Umfang leihen solle. Ingleich aber hat Herr Glard v. Didenburg auf der Tagung des Bundes der Landwirte seine Parole wiederholt: der Reichstag darf über das Fortkommen der Festhalten nichts zu verfügen haben! Nun ist die entscheidende Frage: welche Steuererforderungen werden die Regierung bringen? Wird der Reichstangler Steuern ausfindig machen und im Bundesrat zur Annahme bringen, die unter dem Namen von Vermögensfragen gehen und die den Konservativen und dem Zentrum wiederum nicht wehe tun? Oder wird er die ganze Last der Reichssteuer heraufschwatzen wollen, indem er die Verschärfung der Vermögenssteuer in den Vordergrund bringt, beziehungsweise, wenn sie ihm von einer Mehrheit aus Liberalen und Sozialdemokraten vorgebracht wird, diese Steuer annimmt? Für die Lösung dieser Frage liegt das entscheidende Wort bei den Liberalen, die vor die Wahl gestellt sein werden, ob sie sich mit Zentrum und Konservativen zusammenschließen lassen für die Bewilligung von Schenkungssteuern oder ob sie ihrem Programm der letzten Jahre, einen „gerechten Ausgleich“ in der Steuerbelastung zu erstreben, einigermaßen getreu bleiben wollen. So ist auch hier noch alles im Ungewissen. Aber ausgeschlossen ist, daß irgend jemand in der Regierung oder in den bürgerlichen Parteien eine Reichstagsauflösung erstrebt, bei der die Reichssteuer das Lösungswort bilden würde.

Alle die konfliktbegierigen Leute, die Intriganten und höflichen Ohrenbläser, die beschwornen preussischen Draufgänger und die radikalen Schleicher, sie werden sich sehr in acht nehmen müssen, daß sie nicht einen schweren Stein in die Grube tun, die sie so gern der Sozialdemokratie graben möchten!

Die Sozialdemokratie kann sie reichlich schmerzenden Auflösungsgerichte gewiß nicht unbeachtet lassen. Wir verlangen sie, wir zeigen dem werktätigen Volk im Lande, wie es in den politischen Kesseln draus und drin ist. Aber wir lassen uns nicht durch jeden Tag neu aufkommende Gerüchtemodern betören, wir gehen fest und gelassen unsere Bahn. Unsere Arbeiterorganisationen müssen immer ihr Pulver trocken halten und immer bereit sein, sobald es gilt, gegen die herrschenden Klassen eine große Schlacht zu schlagen!

## Yankee-Kapital und mexikanische Revolution.

In Mexiko ist wieder einmal der blutige Teil einer Revolution vorüber. Madero ist gefangen und gestürzt und ein halbes Duzend Leute, von denen sich so ziemlich jeder General nennt, gliedert nach der Präsidentschaftswahl. Die früheren Erbherrn, von mehr oder weniger ehelichen Freunden der Volksfreiheit unternommen, richteten sich gegen das Scheitern auf dem Präsidentschaftswahl, Porfirio Diaz. Die heutige ist von Diaz' Anhängern und Sündern gegen das etwas liberale Regime des inzwischen hinter Schloß und Riegel gebrachten Präsidenten Madero angezettelt. Natürlich auch im Namen der Freiheit!

Die Volksmasse sieht dieser Revolte mit ziemlich gleichgültiger Gemütslage gegenüber. Das beweist die geringe Zahl der Kombattanten und die verhältnismäßige Ruhe außerhalb der Hauptstadt. Die geschundenen Proletarier haben Ursache genug, sich von diesen Revolutionären, die jetzt die Hauptstadt besetzen, so fern wie möglich zu halten. Als im Frühjahr 1911 der Sturm gegen das Diaz'sche Regime anhub, waren viele Schichten des städtischen und ländlichen Proletariats mit Herz und Faust dabei. Madero und seine Gesinnungsgenossen hatten die Befreiung Mexikos und seines Volkes auf die Fahne geschrieben. Seit 35 Jahren hatte das Land unter der Gewaltherrschaft des Schurken Diaz gelitten. Durch Verfolgung und Brutalität hatte er es fertig gebracht, daß er nach jedem Amsterdamer Limer wieder „praktisch einstimmig“ zum Präsidenten „gewählt“ worden war. Unter gemeinsamer Vergewaltigung der Verfassung — auf dem Papier eine der besten — wurden die eingeborenen Jaquis und Mahas, Männer, Frauen und Kinder, an die Plantagenbesitzer für einige hundert Mark verkauft. Welt über 100 000 Eingeborene wurden allein in Merida und Yucatan ihrer Scholle beraubt, um dann auf derselben „um ihre Schulden abzurufen“! Mit Weisheit zur Weisheit für die großen Landbesitzer und Ausbeuter getrieben. In ein, zwei, drei Jahren waren die Gesellschaften zu Tode geschunden. Ihren Leidenskollegen in der Industrie ging es nicht besser. Die Energiehändler unter ihnen schickten in die Verge, lebten das traurige Leben der Geschlechten, lieferten von Zeit zu Zeit den Diaz'schen Bluthunden Schatzkammern. Als dann die Kunde von einer Erhebung zu ihnen drang, stellten sie sich zu den Feinden der Regierung. Den bereiteten Anstrengungen gelang es nach langem Kampfe, den Diaz zu verjagen. Sein Nachfolger, Madero, wurde von den Hoffnungen der Unterdrückten ins Amt geleitet.

Von dem, was Madero versprochen, hat er wenig oder nichts gehalten. Gewiß hatte seine Politik einen liberalen Einschlag, aber das große Schonen der unteren Schichten hat er nicht erfüllt. Die Sklaverei und politische Unterdrückung besteht in kaum gemildertem Maße weiter. Früher wie jetzt triumphiert das Kapital. Das arbeitende Volk aber mag und hungert weiter. Die Unterdrückten griffen für ihre Befreiung zum Schwert und erreichten nichts als einen Wechsel ihrer Unterdrücker. Vielleicht ist es ein Unrecht an Madero, zu behaupten, er unterscheidet sich von Diaz nur dem Grade, nicht dem Wesen nach. Unter den obwaltenden Umständen mag es vielleicht auch einem Mann von zweifelsfreier Ehrlichkeit und lauterer Treue nicht gegeben sein, des Volkes Schonen zu erfüllen, weil er sich jener Uebermacht beugen muß, die Diaz gesellschaftlich gefördert hat: der Macht des amerikanischen Großkapitals. Denn die eigentlichen Verräter und Verräter des Lebens und toten Intendanten Mexikos sind die paar Finanzpiraten der Wallstreet zu New York. Inwiefern diese an der gegenwärtigen Revolte beteiligt sind, läßt sich dank der strengen Zensur und dank der aus reinem Eigennutts quellenden Eigenhaftigkeit der kapitalistischen Organe Amerikas nicht bestimmt sagen. Alle Nachrichten über den Stand der Dinge in Mexiko müssen über amerikanische Telegraphenbrüche, deren Verräter, alles Leute der New Yorker Wallstreet, das größte Interesse haben, nichts über die Entstehungsgeschichte mexikanischer Revolutionen, das wäre die Darstellung der Profitgier und der Gewissenlosigkeit ihrer Klasse, durchströmen zu lassen.

Wie jedes Kind weiß, hatte die Hochfinanz der Wallstreet bei allen Revolutionen in Zentralamerika und hat sie vor allem auch bei der jetzigen in Mexiko ihre Hand im Spiel. Wenn das noch ausdrücklich bewiesen werden müßte, so brauchte man nur auf die Führerschaft des gegenwärtigen Aufstandes hinzuweisen. Ihr Haupt ist der Rest des früheren Präsidenten Diaz, der ehemalige Volksheld von Mexiko. Als solcher vertritt er die Interessen der amerikanischen Hochfinanz, wodurch er zu deren Vertrauensmann wurde. Daß er im vollen Uebereinstimmung seines Einflusses, wenn nicht auf dessen direkten Befehl, handelt, steht außer allem Zweifel. So wenig auch Präsident Madero während seiner Amtszeit für das arbeitende Volk getan und obgleich er alles vermieden hat, die Privilegien der Wallstreet anzutasten, das Vertrauen des amerikanischen Großkapitals wollte ihn nicht beglücken. Was die Ursachen dieser Mißgunst sind, läßt sich vorderhand nur ahnen. Immerhin eins weiß man bestimmt, eine Gruppe der kapitalistischen Organe der Vereinigten Staaten, insbesondere die gelbe Presse, schreut wie besessen nach dem Vorrat der Intervention. Die Hearst-Blätter beschuldigen sogar die Kolonialregierung, sie halte die Berichte über die Bräuterei

zung weißer Amerikanerinnen durch Mexikaner zurück, um die Regierung zu fügen. Damit hat sie den Washingtoner Nachtcluben sicherlich unrecht. Denn diese würden keinen Augenblick vor einer Intervention zurückweichen, wenn es die Interessen ihrer Klasse geböten. Denn Last hat schon wiederholt erst als Kriegsminister (1908) und später als Präsident, amerikanisches Militär über die Grenze geschickt. In den Grenzstädten, auf amerikanischem Boden, duldet er ein ganzes Heer von Spionen, Judassen und Provokatoren, die notorischerweise im Golde Mexikos stehen. Wiederholt hat er mexikanische Flüchtlinge wieder zurück vor die Klanten der mexikanischen Soldateska treiben lassen. Und als vor einigen Tagen die ersten Zeichen des beginnenden Aufstandes sich zeigten, wurden Kriegsschiffe an die mexikanische Küste geschickt. Diese werden jedoch nur in äußerster Not intervenieren, und dann jedenfalls nicht zugunsten der Bevölkerung des Vorkontinentes. Der Vorkontinent kann nichts vorteilhafter sein, als wenn ihn die wehrfähige Mannschaft Mexikos gegenständig aufreißt. Je schwächer der vielgeliebte Nachbarstaat, desto günstiger sind die Aussichten des amerikanischen Kapitals.

Das ganze Streifenland und die Staatsmaschinerie Mexikos wird von amerikanischem Golde bewegt. An die 4000 Millionen Mark hat die Wollstreck in mexikanischen Werten angelegt. Seine Mineralvorkommen, Schmelzwerke und Minen besitzt Guggenheim u. Co., seine Delantillas schöpft der Del Norte aus, seine Gummifelder, seine Bahnen, seine Banken sind im Besitze amerikanischer Kapitalisten oder werden zum mindesten von diesen kontrolliert. An der Sklaverei in Yucatan's Plantagen ist der amerikanische Kapitalismus beteiligt, da er nachgerade den ganzen dort produzierten Hans verarbeitet.

Wie bei früheren Gelegenheiten, so wird auch diesmal wieder die Amerikas Mexikos verlangt. Mit dieser Forderung wird die gelbe Presse Amerikas vorläufig sein Glück haben. Denn der Annetierung Mexikos müßte die Demokratisierung seiner Staatseinrichtungen folgen. Den Bürgern, Eingeborenen wie Weißen müßte das aktive und passive Wahlrecht verliehen und sie müßten zur Verwaltung der Gemeinden und des Staates zugelassen werden. Da kann ein Staat, der sich nicht genug brüsten kann, die Sklaverei beizugehen, unmöglich in dem natürlichen im Rahmen der Freiheit anerkannten Gebiet die Sklaverei weiter bestehen lassen. Er müßte den Menschenhandel verbieten, die unglücklichen Quasus und Nobos dürften nicht mehr zwecks Steigerung der Einnahmen des Seilstricks gefangen gehalten und zu Tode geschunden und geprügelt werden. Den Sklaven der Textilindustrie und Vahnmagnaten müßte das Wahlrecht gewährt werden und mit der Waffentierung hungernder Arbeiter würde es seine Schwerkriegszeiten haben.

Alle diese Nachteile würde die Annetion dem amerikanischen Ausbeutern bringen. Sie bilden darum die Garantie, daß die Washingtoner Regierung auch fürderhin proklamiert, sie denke nicht daran, die Souveränität Mexikos anzutasten. Sollte trotz aller Vorsichtsmaßnahmen einmal eine unglückliche Revolte oder zu viel flingende Anerkennung fordernde Clique in Mexiko zur Macht gelangen, dann wird das amerikanische Kapital nicht zögern, sie durch Ansetzung und Unterstützung eines Revolutionärs zu beseitigen oder gefügig zu machen. Das hat die amerikanische Hochfinanz bis jetzt immer getan, das tut sie in diesen Tagen, das wird sie auch fürderhin tun. Denn es ist immer noch weniger kospizisch und birgt nicht die großen Nachteile als die Annetion.

Nach dem Gemischel.

Mexiko, 20. Februar. Die Parteien von Quarta und Diaz haben weitere Verhandlungen für die zukünftige Regierung getroffen. Die jetzigen Verhandlungen geben die Gewährungen auf etwa 3000 und die Verwandlungen auf 7000 an. In vielen Fällen sind ganze Familien durch erblühende Granaten und Maschinengewehre getötet worden. Der durch den Verlust an Eigentum entstandene Schaden wird auf Millionen Tollar geschätzt. Alle Mitglieder der Familie Madros sind getötet. Man hält es für wahrscheinlich, daß Quarta sich der Macht von Diaz nicht widerlegen wird. Das Schicksal Madros wird vom neuen Kabinett sicher vor heute abend entschieden sein. Der frühere Präsident ist jetzt der persönlichen Angelegenheiten Quertas, der jede Verantwortung für sein Schicksal ablehnt.

Mehr als 300 politische Gefangene sind freigelassen worden. Der interimistische Präsident Quarta will dem neuen Kabinett die Entscheidung über das Schicksal Madros überlassen. Diaz erklärt, daß er für die Präsidialwahl kandidieren werde.

Deutsches Reich. Aus dem Reichstage.

In drei namentlichen Abstimmungen hat der Reichstag mit stets gleichbleibender Mehrheit die Finanzentwürfe abgelehnt, die in verschiedener Gestalt und unter verschiedenen Vorwänden in den Etat eingeschmuggelt werden sollten. Die Wille, die man sich auf der Rechten und bei den National-Liberalen gemacht hatte, war also, wie vorausgesehen, unionsf. Die Epejaldiszussion über den Etat des Reichspostamts wurde daraufhin zu Ende geführt. Eine Reihe einzelner Wünsche wurde noch vorgebracht. Herr Subrich von den Fortschrittlichen und mehrere von den unter verschiedenen Parteien verteilten christlichen Sekretären beteiligten sich an der Debatte. Genosse Jubert hat mit großer Energie für die Forderungen der Telegraphenarbeiter ein und vertritt dem Staatssekretär, immer wieder ihn öffentlich zu mahnen, bis er etwas mehr Verständnis zeige. Diese Bemerkung reizte den empfindlichen Herrn Kracke offenbar so sehr, daß er sich die deplazierte Bemerkung erlaubte, seine Arbeiter würden noch lange so gut bezahlt wie die Angestellten sozialdemokratischer Unternehmer. Diese Ungezogenheit zahlte ihm Genosse Koste gebührend heim und er machte ihn besonders klar darauf aufmerksam, daß die Aufbesserungen, die bisher erfolgt sind, vorzugsweise dem Trängen der Sozialdemokraten zu verdanken sind.

Als Herr Kracke endlich die Armesüberbank des Bundesrats verlassen durfte, wurde der Etat des Reichspostamts ohne Diskussion bewilligt. Wenn Etat des Reichspostamts machte Genosse Saffenzahl sehr sachkundige Ausführungen über die gegenwärtige deutsche Eisenbahnpolitik, deren Kernstück er das Programm einer vernünftigen und rationalen Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens gegenüberstellte. Er konnte aus nachweisen, daß gerade die Vorkerschafft territorialer Sonderinteressen vom Reichspostamt durchaus nicht genügend bekämpft wird, und seine Bemerkungen zum preußisch-sächsischen Eisenbahnervertrag waren eine besonders deutliche Illustration des preußischen Partikularismus, wie

er in der Verkehrspolitik sich vordrängt. Der letzte Teil seiner Rede war der Betrachtung der höchst unglücklichen Arbeitsverhältnisse im Eisenbahndienst gewidmet, ein Kapitel, in dem gleichfalls das Reichspostamt sich nützlich erweisen sollte.

Kapitalistische Hengste.

Die Frankfurter Zeitung hatte einen Artikel gebracht, in dem sie die an der Petroleummonopolvorlage in der Kommission vorgenommenen Änderungen begrüßte und das Petroleummonopol als ein Vorbild und die jetzt gefassten Beschlüsse als einen Sieg der demokratischen Wirtschaftspolitik bezeichnet. Dieser Artikel hat die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das bekannte Kapitalistenblatt, mobil gemacht, die die Gefahren ausmacht, die durch das mit dem Petroleummonopol gegebene Beispiel für die Privatindustrie entstehen können. Sie sieht in der Einführung des Petroleummonopols den Anfang vom Ende der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Am Schluß ihres Artikels schreibt das Blatt der Rheinisch-Westfälischen Industrie-Magnaten:

Die Regierung mag die Denkweisen-Bände, die durch die Segenheit der Interessenten Deutsche Bank, Diskontogesellschaft und Deutsche Erdöl-Aktien-Gesellschaft, während der Beratung des Entwurfs zutage gefördert worden sind, als schädliches Material zur Petroleumvorlage aufzuheben. Das allein, und die Aufgabe der ersten Beratung dieser Frage hat schon seine dauernde Wirkung auf die Amerikaner nicht verfehlt, wie deren entgegenkommende Zurückhaltung. Aber ein Rückwärtswollen wir uns bei dieser Gelegenheit von Sozialdemokraten und der Frankfurterin nicht leicht ins Netz legen lassen. Denn das geht die Umgestaltung des Petroleum-Gesetzes und der betriebl. Eiser, mit dem die Vorkämpfer für ihn kämpfen; An den Anfang des Weges zum sozialistischen Wirtschaftsbetrieb soll jetzt geleitet werden das Prinzip des Petroleummonopols. Dann folgen als weitere Stufen die Expropriation der großen Privatindustrien, bis schließlich die staatliche Monopolisierung des gesamten Wirtschaftslebens erreicht, das Privateigentum an Produktionsmitteln grundsätzlich abgeschafft und die Herrschaft der großen Klassen hergestellt ist. Man nennt das die Diktatur des Proletariats.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung hat gewiß von ihrem Standpunkt nicht unrecht. Ähnlich wie beim Petroleum liegen die Dinge bei vielen andern wichtigen Waren. Ihre Erzeugung und ihr Vertrieb liegen in den Händen einer Anzahl eng miteinander verbundenen Kapitalisten, die ihre Monopolstellung zur schlimmsten Ausbeutung der Verbraucher ausnützen. Man denke z. B. an die Längelt des Kohlenindustrials. Dieselben Gründe, die für das Petroleummonopol sprechen, können allerdings auch dafür angeführt werden, daß die Produktion und der Vertrieb der Kohle vom Reich unter Kontrolle genommen werden. Die kapitalistische Entwicklung führt eben dazu, daß die unbedingte Aufrechterhaltung des Privateigentums in immer weiteren Kreisen als untragbar empfunden wird, und Leute, die mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben, für entscheidende sozialistische Maßnahmen eintreten.

Daran werden die Herren vom Großkapital nichts ändern können, auch wenn sie ihre Goldschreiber noch so sehr zornig lassen.

Die lieben Arbeitswilligen.

Am Donnerstag beschäftigte sich der jetzt in Berlin unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Kämpf tagende Deutsche Reichstag mit der Frage des Arbeitswilligenabbaus. Es wurden ein paar Schornacherreden gehalten, in denen tief bedauert wurde, daß der Reichstag den Antrag auf Verbot des Streikpostens abgelehnt habe. Bemerkenswert sind Ausführungen, die ein Kommunistenrat Weber aus Gera über das Verbot des Streikpostens machte. Dieser Gemütsmenschen erklärte unter anderem:

Es sind Bedenken geltend gemacht, daß auch die Arbeitgeber unter den gesetzlichen Bestimmungen zu leiden haben würden. Meiner Ansicht nach ist das nicht zutreffend. Die Arbeitgeber müssen allerdings auch eine Lieberwahrung der Einhaltung ihrer Bedingungen anwenden. Diese Lieberwahrung wird aber nach meinen Erfahrungen nicht durch die von und verlangten Bestimmungen getroffen.

Alle den Unternehmern will der Herr das Recht erhalten wissen, bei Ausperrungen ihre Kollegen zu übermähen. Den Arbeitern aber soll dies Recht durch das Verbot des Streikpostens verweigert werden. Freilich, die Herren Unternehmer haben es ja nicht nötig, Posten an den Fabriktionen aufzustellen, um die Herren Kollegen zu kontrollieren, sie können das bequemer auf andere Weise tun, aber das ändert doch am Wesen der Sache nichts!

Da sich die Herren vom Reichstag in der Frage des Verbots des Streikpostens nicht einig waren, wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

Der deutsche Reichstag hat aus Grund der von ihm bei seinen Mitgliedern veranstalteten Umfrage die Überzeugung gewonnen, daß, um den Lebensbedingungen der Arbeiter zu begünstigen und die Arbeitswilligen nicht ferner dem Terrorismus der Streikenden in bisheriger Weise auszuweisen, ein ausgedehnter und schärferer Schutz der Arbeitswilligen auf gesetzlichem Wege zu schaffen sei.

Die glückliche Regierung Nikolais II.

Als ob es sich um die Thronfolge eines deutschen Bundesstaates handelte, vollzog die Norddeutsche Allgemeine Zeitung an leitender Stelle der dreihundertsten Wiederkehr des Tages, an dem die Romanows auf dem Moskauer Jarmentron kamen, warme Worte. Den Bestungen dieser Familie wird der übliche Beifall gestiftet, und dann folgt der Hinweis auf das nur einmal im 18. Jahrhundert auf kurze Zeit unterbrochene Freundschaftsverhältnis zwischen Rußland und dem Deutschen Reich und insbesondere den Romanows und den Hohenzollern. Der Festartikel schließt:

In der Zuvorficht auf den Fortbestand der deutsch-russischen Freundschaft nehmen wir herzlich Anteil an der Jubelfeier des Hauses Romanow mit dem Wunsch, daß es seiner Majestät dem Kaiser Nikolais und seinen Nachfolgern vergönnt sein möge, in glücklicher Regierung zu wirken!

Das deutsche Volk hat noch nicht genug an der deutsch-preussischen Jubelfeier des Jahres 1913, es soll auch noch das russische Jahrestage feiern helfen. Das ist wirklich ein bischen viel verlangt. Das Volk überläßt die „herzliche Anteilnahme“ den hohenrollern und der Redaktion der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Wenn aber das Blatt des Herrn v. Bethmann sich dazu versteht, dem gegenwärtig auf dem Throne sitzenden Sprößling der Familie mit der zweifelhaftesten Herkunft zu wünschen, daß er in glücklicher Regierung weiterhin für Ruß-

lands Wohlfahrt wirken möge, dann können wir uns nicht mit einem stillschweigenden Kopfschütteln begnügen, denn diesen Wunsch auszusprechen heißt das russische Volk blutig verhöhnen. Wie Nikolais II. bisher für Rußlands Wohlfahrt gewirkt hat, davon erzählen die Gefängnisse, die Galgen und die Sibirischen die große Mehrheit des deutschen Volkes am Jubiläumstage fahrtspolitisch des Jaten, den man den blutigen nennt, ein baldiges Ende werde.

Das Warenhaus des Bundes der Landwirte.

K. „Es gibt kein Warenhaus des Bundes der Landwirte.“, besuchte im Circus Circus der Bundespräsident Dr. Gahn, „es gibt nur“, sagte er vorichtig erläuternd hinzu, „einige große Vermittlungsbüros; die Verkaufsstelle, die Maschinenabteilung und einige andere, die nicht dem kleinen Geschäftsmann die Arbeit nehmen sollen, sondern die den Zusammenschluß der Landwirte bezwecken, zu besserer und erfolgreicher Wahrnehmung ihrer Interessen, auch auf dem Gebiete des praktischen wirtschaftlichen Lebens, nicht nur in der Politik.“ Also der Unterschied zwischen den großen Warenhäusern, die von den Organen des Bundes täglich als „deutsche Einrichtungen“ bezeichnet, als wirtschaftlich schädlich und mittelverderblich benannt werden, und den Unternehmungen des Bundes besteht darin, daß die Bundesgeschäfte eben nicht Warenhäuser, sondern Vermittlungsbüros genannt werden.

In den wirtschaftlichen Wirkungen unterscheiden sich die Warenhäuser des Bundes der Landwirte, der in seiner Verkaufsstelle 22 Oberbeamte und 130 Beamte (Wachhalter, Verkäufer usw.) beschäftigt, in nichts von anderen Warenhäusern, die auch nicht zu dem Zweck gegründet wurden, „den kleinen Geschäftsmann die Arbeit wegzunehmen“, sondern die genau, wie die Geschäfte des Bundes, Geld viel verdienen wollen. Das wissen die Herren Gahn, Hoeftel und Co. genau so gut wie wir, sie dürfen es aber nicht eingestehen, denn damit hieße die von ihnen betriebene Mittelstands-

politik gesamt.

Das schlichte Beweisen des Bundes der Landwirte, der den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis nicht leicht bemerken kann, zeigte in seinem diesjährigen Geschäftsbericht eine ergötzliche Leistung. Den kurzen Angaben über die Tätigkeit der Verkaufsstelle wurde die folgende Bemerkung angehängt: „Es sei an dieser Stelle noch besonders darauf hingewiesen, daß die Verkaufsstelle sich nicht mit der Lieferung von Kleinzeugen und sonstigen Artikeln beschränkt, die in den am Orte befindlichen Geschäften ohne Schwierigkeiten erhältlich sind. Die in der negativen Presse bisher immer wiederholten gegenteiligen Behauptungen sind durchweg unzutreffend und beruhen, soweit sie nicht tendenziöse Art sind, auf offenkundigen Verwechslungen mit anderen, zum Teil privaten Handelsumnehmungen.“

Herr Dr. Gahn machte in seiner Rede auf diesen Passus besonders aufmerksam, er muß ihm also bedeutenden Wert beilegen. Hier nun über die diese Dinge aber nicht die von den Herren Gahn, Hoeftel u. Co. vorgeschriebene Auffassung, daß es sich um den Schluß kommen, daß das Warenhaus des Bundes der Landwirte nur mit den Artikel handelt, die große Gewinne abwerfen, jedoch auf den Handel mit Artikeln verzichtet, der weniger einträglich und vor allem schwer zu quantifizieren ist.

Nach vorläufiger als der Kampf der Händler gegen die Warenhäuser ist ihre Stellungnahme zu den Konsumvereinen. Nicht nur der Bund selbst hat zahlreiche Konsumvereine errichtet, noch viel größer ist das Reich agrarischer Konsumvereine, die nicht in direkten Beziehungen zu ihm stehen, in denen aber gleichfalls die Arbeiter organisiert sind und regieren. Während die agrarischen Konsumvereine Steuerfreiheit genießen und außerdem noch andere Subventionen des Staates auf direktem und indirektem Wege beziehen, verlangen sie, daß die Konsumvereine der Arbeiter, die im Gegensatz zu den agrarischen Konsumvereinen Steuern und andere Beiträge bezahlen müssen, nach durch Steuererleichterungen und mit allen anderen notwendigen Maßnahmen durch Beförderung und Verwaltung unterstützt werden.

Schließlich und deutlich mag der Bund der Landwirte diese Politik zu nennen, die sich als durch und durch unethisch charakterisiert.

Vertretung der Rechtslage. Dem preussischen Staatsministerium ist, nach einer Mitteilung des Reichs-Tagblattes, eine Novelle zur Gewerbeordnung für Preußen und Sachverständigen vorgegangen, die nach ihrer Durchberatung dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorgelegt und dann dem Reichstage nach in dieser Session unterbreitet werden soll. In dem Entwurf ist eine Erhöhung der Gebühren für Preußen und Sachverständigen im Durchschnitt um 50 Proz. vorgesehen, und insbesondere sind auch Erhöhungen der Sätze für den Aufwand und die Sachverständigen vorgenommen, was den besonderen Wünschen der Justizstellen aus Sachverständigen freilich entsprechen dürfte. Im allgemeinen handelt es sich um die Veranschlagung der Sachverständigen, und in der Hauptsache haben die Gebühren für Sachverständigen eine Erhöhung erfahren. — Die vorgeschriebene Novelle wird eine ganz bedeutende Vermehrung der Kosten bringen, die sowohl der Staatskasse zur Last fallen als auch den Parteien im Zivilprozeßverfahren.

Kleine politische Nachrichten. Der Reorganisations der preussischen Staatsfinanzen. Geheimrat Krome ist im Alter von 76 Jahren gestorben. — Die Führung von Kohlenhändlern wird für die Kleider- und Wäscheindustrie auf Grund der §§ 114-116 der Gewerbeordnung in einer Bekanntmachung des Reichsanzeigers, die im „Reichsanzeiger“ vom 20. Februar veröffentlicht wird, vorgeschrieben. — Die Bestimmung verleiht, daß eine bestehende russische Anleihe als auf dem Verwaltungsweg erlassenen Strafen aus. Dadurch werden die auf dem Gebiet der Reichsanzeiger frei. — Aus Madrid wird gemeldet: Die spanische Regierung habe wieder Frankreich nach England von der Befreiung Teraus verhängt. — Aus Tanger wird berichtet, daß ein aus Aguzer nach Marokko abgegangener Militärtransport am 17. Februar von ausländischen Kanonen überfallen worden ist. Eine französische Truppenabteilung eilte dem Transport zu Hilfe und vertrieb die Angreifer, von denen mehrere fielen. Die Verluste der Franzosen betragen einen Toten und acht Verwundete.

Ausland.

Frankreich. Ernennung Delcassés zum Vizepräsidenten in Petersburg. Paris, 20. Februar. Der Ministerpräsident ernannte den bisherigen Minister Delcassé zum französischen Vizepräsidenten in Petersburg. Die Liberté schreibt dazu: Diese Ernennung war bereits vor acht Tagen entschieden, sie steht demgemäß in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Haltung Frankreichs gegenüber dem militärischen Wahnsinn der Deutschen. Die Wahl Delcassés für den Vizepräsidenten Posten war legitimiert durch das junge französisch-russische Zusammenarbeiten in der Orientfrage angeht. Die neue Stellung des ehemaligen Ministers des Auswärtigen, welcher die französisch-russische Allianz befestigt und die Unruhe Cordial mit uns haben zu wissen hat, wird für die Befestigung des französisch-russischen Bündnisses und der Freundschaft besonders günstig sein.

Portugal. Eintrittsbescheid. Paris, 20. Februar. Voinard erklärte in seiner Antrittsbescheid, er werde bei Ausübung des ersten Amtes des Landes für die gleichen peinlichen Vollmacht befestigen, mit welcher sein Vorgänger seine hohe Stellung ausgefüllt habe, und werde

nie er, seine zedigen, durch formen, durch ich mehr, Ger Servillo, nur möglich, er willens wieder, ihr abhängt, o ree seiner nat riebens nat einer einigst, reichertia sel, triegs bere genidigung e. Es hiehe von Reindrich matischen Kr ransösisch Kr gegenheit un schott fort, u teinem Op sie zu fische

Paris, 20. Glnhfranzösisch 1913. Die allgemeine Welt führung der S. Schmitters z. schließt. Bei der gelogen dagewiss

Der ru immer nicht in aus Sofia bef rillierde und Trlegt-Argenti und Bulgarie genommen ha melben, von lungen am heißt es aus B

London, 20. berichtet von qu riede die zwisch tiehe. Eine V andlungen auf sel bereit, ch in unmittel behalten, sei jed Eine Kriegs Die Allierten de an Geldmangel, lebe beschaffen entschuldigung.

für die Armen ab überkommen und me im Verleinen in Bergfreiheit die große Wäch Anticherehandl lichlich darin, unterstützen.

Roustantine. Bericht auf der Vorter Schanzel zu m Cpper. Lape vor Tichsch jählichung K

Roustantine. nach Valoir gehe möglich, daß ein neuen Land kowin: Einige prodi und unter Mehrere Transp von Janid zurück handelt wurde, f auf 17. Kiloner

Gefangene. Die Hoff. S nepel meder un von den Türken kaulige Beschäft

London, 20. Ide 2 Regler eine folgende Gef Migration falligen mit einer Transk daß Schatz nicht von einem Geogr nimal. Schatz i idolfen, eher Gef aufgebun.

Parlament.

Die Arbe Im Anschluß Etal eingehend d ärrert. Anlaß dag durch welchen der haben zu made daß „sozialde Welt beschäftigt umwändiger Besch ererhalten Bestim sind und die Arb wärtigsten ist. — Arbeitsverhältnisse ungenen, die die politischer Partei Schaplin und habe kein Recht, Vörlgen der einen Mit Kubnach Vorklein zu, daß i ständlich eine u fähig werden mü die gegebenen W sollen werde. Der über unangenehm

nie er, seine Ehre herein sehen, die Verfassung zu ver-  
zerrigen. Die Volkshaus erwählt sodann die verschiedenen Me-  
ren, durch welche die Republik beständig das Beste suche, nament-  
lich mehr Gerechtigkeit bei Besteuerung der Steuern und  
Beseitigung eines den Wählern des Wahlrechts, das so viel wie  
nur möglich einen heulichen und genauen Ausdruck des Volks-  
willens wiedergeben solle. Endlich müsse die Republik, soweit es von  
ihm abhängt, alles tun, um Frankreich mit der allgemeinen Achtung  
seiner nationalen Würde die Wohltaten des äußeren  
Friedens zu sichern. Der Friede werde nicht durch den Willen  
einer einzigen Macht dekretiert. Das ein Volk in wirksamer Weise  
friedfertig sei, sei nur möglich unter der Voraussetzung, daß es stets  
kriegsbereit sei. Ein vermindertes, durch seine Schuld der  
genüchertem ausgeföhrt Frankreich würde nicht mehr Frankreich  
sein. So liege ein Verbrechen gegen die Zivilisation vorliegen, wenn  
man Frankreich inmitten so vieler Nationen, die unaufhörlich ihre  
nationalen Kräfte entwickeln, in Verfall geraten ließe. Die  
französische Arme und Marine gäben an jedem Tage Beweise ihrer  
Fähigkeit und Tapferkeit. Wenden wir ihnen, so fähig die  
Volkshaus fort, unsere Wohlwollen zu und sprechen wir vor  
seinem Opfer und seiner Anstrengung zurück, um  
sich zu sichern und zu stärken."

Paris, 20. Februar. In der Kammer verlas heute der  
Ministerpräsident Briand die Botschaft des Präsidenten Poin-  
caré. Die Botschaft ist das, was man erwarten konnte: eine  
allgemeine Betrachtung über den Status der Republik und eine Ver-  
sicherung der Stetigkeit und Ruhe. Die Kammer berurteilt die  
Botschaft über die neuen Verordnungen erwarteten, wird ge-  
äußert. Bei den Worten von der Kriegsbereitschaft rief der Sozialist  
Léon Dagnès: „Das ist Geschäfts patriotismus“.

**Die Balkanwirren.**

Der rumänisch-bulgarische Konflikt ist noch  
immer nicht über seinen kritischen Punkt hinaus. Nachrichten  
aus Sofia belegen, daß Rumänien bei Ostro, östlich Silistria,  
Artillerie und Kavallerie zusammenzieht, während die Petersb.  
Telegr.-Agentur von ausländischer Stelle erfährt, daß Rumänien  
und Bulgarien die Vermittlung der Mächte bereits an-  
genommen haben. Gerüchte aus Konstantinopel und London  
melden von nahe bevorstehenden Friedensverhandlungen  
zwischen den Verbündeten und der Türkei. So  
heißt es aus London:

London, 20. Februar. Der Korrespondent des Daily Telegraph  
berichtet von gut unterrichteter Stelle aus Konstantinopel, daß der  
Friede zwischen der Türkei und den Balkanstaaten nahe bevor-  
stehe. Eine Intervention der Mächte werde sich durch direkte Ver-  
handlungen zwischen den Kriegführenden erübrigen. Die Türkei  
sei bereit, Adrianopel abzutreten. Die Türkei, die  
in unmittelbarer Nähe von Konstantinopel verbleibe, wolle die Türkei  
bestehen, sei jedoch bereit, die übrigen an Griechenland abzutreten.  
Eine Kriegsentfaltung wolle die Türkei nicht zulassen.  
Die Alliierten dürften eine solche Forderung, doch die Türkei  
an Schwammel leide und eine etwaige Entschädigung durch eine Anleihe  
beschaffen müßte, seien die Großmächte gegen eine Kriegs-  
entscheidung. Die Türkei wolle verlangen, daß die Verbündeten  
für die ihnen abgetretenen Gebiete einen Teil der türkischen Schuld  
übernehmen und daß diese Verpflichtung sofort aufgehoben, und nicht  
wie im Berliner Vertrage nur ausgedungen wird, um dann später  
in Verlegenheit zu geraten. Obgleich die Weltlage für die Türkei  
die größte Wichtigkeit sei, wird doch beteuert, daß Oskali Pascha zu  
Anlieherhandlungen in London wolle. Seine Mission besteht  
lediglich darin, Tawfik Pascha bei den Friedensverhandlungen zu  
unterstützen.

**Vom Kriegesplan.**

Konstantinopel, 20. Februar. Wie aus Gallipoli gemeldet wird,  
beruht auf der ganzen Halbinsel eine äußerst strengste Räte und  
harter Scherz. Mehrere Personen sind der Räte bereits  
zum Opfer gefallen. Laut amtlichem Kriegsbericht ist die  
Lage der Halbinsel und auf Gallipoli unerschütterlich. Die Be-  
schießung Adrianopels dauert fort, jedoch nur sehr schwach.

Konstantinopel, 20. Februar. Mahmud Scherif Pascha wird  
nach Beirut gehen, um die Befestigung zu inspizieren. Es ist auch  
möglich, daß ein neuer Aktionsplan erörtert werden soll. Neben  
neuen Bandenüberführungen erhalte ein heute einvernehmlich festge-  
setzt: Einige tausend Mann unter Guter bei sich führend  
den Gallipoli belagert, durch eine List der Bulgaren ins Innere  
gelockt und unter beherrschenden Verhältnissen zurückgeführt worden.  
Mehrere Transportschiffe mit Truppen sollen heute nach dem Golf  
von Jemid zurückkehren sein. Die Finanzoperationen, über die ver-  
handelt wurde, sollen gelungen sein. Der erlangte Vorzug soll sich  
auf 1 1/2 Millionen Pfund belaufen.

**Befangennahme eines deutschen Korrespondenten.**

Die Hoff. Bg. teilt mit: Ein Telegramm aus Konstanti-  
nopol meldet uns, daß unter Kriegesberichterstattung auf Gallipoli  
von den Türken festgenommen worden ist. Die Konstantinopeler  
deutsche Postzeitung bemüht sich um seine Freilassung.

**Die Montenegro- und Estland.**

London, 20. Februar. Heute erschien der montenegro-  
ische Zieglerie Politisch in Ausdrücklichen Amts und gab  
eine folgende Erklärung ab: er sei angezogen worden, der britischen  
Regierung falgerecht zu erklären, daß Montenegro auf keinen Fall  
mit einer Transaktion einverstanden sein könne, die das Ziel habe,  
daß Estland nicht montenegroisch werde, selbst wenn der Beschluß  
von einer Großmacht kommen sollte. Montenegro sei entschlossen,  
niemals Estland zu räumen. Wenn es angegriffen werde, sei es ent-  
schlossen, eher Besatz zu kaufen, vernichtet zu werden, als die Stadt  
anzugeben.

**Parlamentarische Kommissionen.**

**Die Arbeiterverhältnisse auf den Reichswerken.**

Im Anschluß an die Beratung von Petitionen zum Parla-  
ment wurden am Donnerstag in der Budgetkommission des Reichstages  
eingehend die Arbeiterverhältnisse auf den Reichswerken er-  
örtert. Anlaß dazu gab ein Lacedebeschl des Reichstages in Kiel,  
durch welchen den Arbeitern verboten wird, Kollektivver-  
träge abzuschließen; ferner die Bestimmung in der Arbeitsordnung,  
daß „sozialdemokratische Agitatoren“ nicht auf der  
Werkstätten beschäftigt werden dürfen, wenn eine Reihe anderer, recht  
unwürdiger Vorschriften. Andere Gesetze konstatierten, daß die  
erwähnten Bestimmungen aus der Arbeitsordnung zu beseitigen  
sind und den Arbeitern und Angestellten das Petitionsrecht zu ge-  
währen ist. — Vom Zentrum wurde die Verhältnismäßig für die  
Arbeiterverhältnisse gefordert, sowie die Entsetzung aller Bestim-  
mungen, die die Nichtbeschäftigung von Angehörigen bestimmter  
politischer Parteien vorsehen. — Die Genossen Brandes,  
Schaplin und Lebeaux betonten energisch, die Verwaltung  
habe kein Recht, solche Ausnahmestimmungen gegen die An-  
gehörigen der einen oder anderen Partei zu treffen.

Mit Ausnahme der Konserwativen gaben die Vertreter aller  
Parteien zu, daß die kritisierten Bestimmungen der Arbeitsordnung  
unbestreitbar eine unglückliche Fassung darstellten, zeitweise auch be-  
trübt werden müssen. — Staatssekretär v. Tzipitz betonte, daß er  
die gegebenen Anregungen einer gewissen Prüfung unterziehen  
sollen werde. Der erste Teil des sozialdemokratischen Entwerfes sei  
aber unannehmbar, denn gegen bestimmte Personen müsse ein-  
geschritten werden können. Um die Bestimmung der Arbeiter können  
sich die Verwaltung nicht.

schritten werden können. Um die Bestimmung der Arbeiter können  
sich die Verwaltung nicht.

Nach längerer, zum Teil sehr lebhafter Debatte wurde der erste  
Teil des sozialdemokratischen Entwerfes abgelehnt; für ihn stimmten  
nur unsere Genossen. Der zweite Teil fand gegen die Stimmen  
der Konserwativen und des christlich-sozialen Abgeordneten Krumm  
Annahme. Der Antrag des Zentrums wurde gegen die Stimmen  
der Konserwativen angenommen.

**Menschen als Versuchobjekte.**

Wir berichteten feinerzeit über eine Petition, die gesetzliche Be-  
stimmungen forderte, um zu verhindern, daß von Ärzten an ihren  
Patienten ohne deren Willen „wissenschaftliche Experimente“ vor-  
genommen werden, die nicht den Zweck haben, Heilung zu bringen,  
sondern lediglich dem Studium anderer Krankheiten dienen. Die  
Kommission beschloß die Überweisung dieser Petition als Material  
an den Reichstagesrat.

Zu einem Konflikt kam es in der Kommission am Donnerstag,  
als der Bericht für das Stimm, den Genosse Thiele hergeleitet  
hatte, genehmigt werden sollte. Von konserwativer Seite wurde be-  
klagt, daß eine Stelle im Bericht gestrichen wird, in der ein Dr. med.  
D. in Frankfurt a. M., der Assistenzarzt am Hospital zum Heiligen  
Geist war, über Versuche „mit einer großen Anzahl Kranke“ be-  
richtet, dem Gehirne des Hospital „für die gütige Überlieferung des  
Materials bezüglich jedankt“ und hinzugefügt wird: „Es sind fast  
ausschließlich Dienstmädchen.“ Genosse Thiele weigerte sich ent-  
schieden, diese Mitteilungen den Akten des Reichstages zu entziehen,  
und legte als die Mehrheit der Kommission (Zentrum, Konserwativen  
und Nationalliberale) demnach diese Änderung des Berichtes beschloß,  
sein Amt als Berichterstatter nieder, das dann der Antifemil Dr.  
Burchardt übernahm.

**Die Befestigung des Impfwanges.**

fordern Massenpetitionen der Impfbegner, die am Donnerstag in  
der Petitionskommission des Reichstages zur Verhandlung kamen.  
Dieselbe Materie stritten auch zwei Resolutionen, die dem Reichstages-  
rat vorgelegt und in denen die Einsetzung paritätischer Studien-  
kommissionen, die sich zu gleichen Teilen aus Anhängern und Gegnern  
der Zwangsimpfung zusammensetzen sollen, gefordert wird. — Die  
Regierungsvertreter erklärten, daß die oft angeführten öden Folge-  
erscheinungen nicht auf die Impfung selbst, sondern auf die nicht ver-  
meidbare Fieber bei der Impfung zurückzuführen seien. Der Reichs-  
gesundheitsrat sei dabei, eine Kommission anerkannter Autoritäten  
einzusetzen, um nach dieser Richtung hin zu prüfen. Die Befestigung  
des Impfwanges würden die verschiedenen Regierungen den höchsten  
Widerstand entgegensetzen. — Die Vertreter der Sozialdemokratie  
und des Zentrums bedauerten diese Maßnahme, die lediglich eine  
Verfestigung der Impfbegerrichtung zur Folge haben würde. Vor-  
 allem sei der Beweismangel zu vermeiden durch Einführung einer  
Gewissenskaufel in das Impfgesetz. — Die Konserwativen verlangten  
Übertragung zur Landesordnung, doch wurde diese Anregung verworfen  
und mit großer Mehrheit beschlossen, die Petitionen dem Reichs-  
kongress zur Verurteilung zu überweisen, die beklagten: 1. Ein-  
setzung einer paritätischen Kommission; 2. die Impfung in den freien  
Willen des Einzelnen zu stellen; 3. die Gewissenskaufel zur Ein-  
führung zu bringen; 4. den durch Zwangsimpfung an Leben und  
Gesundheit Beschädigten Schadenersatz zu gewähren; 5. den Befolgen  
jurisdiktorische Zwangsmaßregeln zum Zwecke der Impfung zu  
vermeiden.

**Letzte lokale Nachrichten.**

Der Einweideträger, der in letzter Zeit hier, in der Umgebung  
und in anderen Orten wiederholt unter dem Namen eines Innenbüch-  
sen, Kommandos und ähnlichen Namen, Fried, Kröblich, Schmeißer, Müller  
und Hämer mit Erfolg auftritt und auf den auch die Dezentralität  
seiner aufmerksamer gemacht worden war, wurde von der Kriminal-  
abteilung unter Scholz und Wiesel gebracht. Es ist ein  
32 Jahre alter Handlungsgehilfe. Er trat in der Weise auf,  
daß er den Beamten vorstufte, hier feste Stellung zu  
haben oder von der Firma Schmeißer-Pfele in Wien beauftragt  
zu sein, hier Maschinen anzuführen. Um seine Sachen,  
weunier auch ein Motorrad, aus dem Wohnloft oder Jollam  
einlösen zu können, ließ er sich Geldbeträge ausbitten und verdammt  
dann. Da angenommen ist, daß der Angeklagte noch mehr Ver-  
trügereien angeführt hat, als hier zur Anzeige gelangt sind, werden  
Schuldige eruiert, sich umgehend bei der Kriminalabteilung, wo  
auch eine Photographie ausliegt, zu melden. Der Verurtheilte ist  
150 Zentimeter groß, hat etwas launiges, blaues Gesicht, blondes  
Haar, dergleichen demgegenüber Schmeißer-Pfele. Selbster war er mit  
ausdrücklichem Hebesicher ohne Sammlungen, hünenem Tadeln,  
schwarzen steilen Ähren, schwarzen Zähnen. Als besonderes  
Merkmale wird bemerkt, daß er im Kaden noch nicht völlig ver-  
weilte Anwesenheit hat und dabei ansatz eines Kragens ein weißes  
Tuch oder Tragetasche trägt.

**Eingebracht und ertrunken.**

Mägden (Bezirk Leipzig), 21. Februar. Auf dem Ritterguts-  
teiche zu Kropitzbach brachen gestern zwei Schulfahrer ein. Während  
einer von ihnen mit knapper Not gerettet werden konnte, ist der  
andere ertrunken.

**Dresdner Polizeibericht vom 21. Februar.**

Ein dreifacher Einbruch wurde am Freitag in das Kontor  
der Maschinenfabrik Doudowald u. Co., Wienerstr. 9, ausgedrückt.  
Der Täter war, nachdem er mehrere Fensterbänke zertrümmert  
hatte, in die Räume eingestiegen und hatte dann mit am Türrand  
vorge und einen Schrank einen Weidhahn ertrunken. Die erlangte  
Gente betrug etwa 40 M. Von der Kriminalpolizei wurde der  
Einbrecher, ein hier wohnhafter 19-jähriger Schlosser, ermittelte und  
verurteilt. Der größte Teil des gestohlenen Geldes konnte wieder  
bei der Polizei beschlagnahmt werden. Mit der Festnahme des Verur-  
theilten ist die Verurteilung der am 9. Januar 1913 in das  
Kontor der Maschinenfabrik von Bode u. Co., Jöllnerplatz 8, aus-  
geführt worden war.

Ferner wurde ein 30-jähriger wohnungs- und erwerbs-  
loser Arbeiter in Haft genommen, weil er sich wiederholt mit  
Kassenschlüssel Einbruch in die Geschäftsräume seines ehemaligen, im  
Luzanow wohnhaften Arbeitgebers verschafft und dabei höhere Ver-  
schwendungswert gestohlen hatte, die er in die Hände der Verurteilten  
verkaufte. Schließlich wurde noch in einem 18-jährigen Schlosser der Un-  
bekannte festgehalten, der sich schon wiederholt mit Sperrung Ein-  
bruch in ein aus der Polstrasse und Weidhahn gehergehört ver-  
schafft und Jäckelien und Geld gestohlen hatte. Auch  
hier konnte dem Beschädigten ein Teil der Diebstehnte wieder zu-  
geführt werden.

**Wetterbericht von der Wetterküste an der Friedrich-August-Strasse  
vom 21. Februar, mittags 12 Uhr.**

Barometer 758. Schön Wetter.  
Thermometer + 1/2, 1/4, 1/2.  
Thermometergraph: Min. - 0°, Max. + 3°.  
Barometer 44.  
Wasserstand - 142 Zentimeter.

**Prognose der städtischen Landeswetterwarte  
für den 22. Februar.**

Nördliche Winde, wolfig, etwas wärmer, kein erheblicher  
Wiederholungs.  
Wetterlage: Das Hauptloch ist vollständig abgedrängt  
worden; ein Teil lagert im Nordwesten, ein zweiter im Südosten.  
Wittern über dem Festland, so über Sachsen, sind Leuchtende vor-  
handen, die vordringen den bisherigen Wettercharakter bilden. Ein  
im Nordosten lauerndes Tief ist in der Beobachtung begriffen und

wird binnen kurzem auch die Leithöhe bedrängen. Infolgedessen  
sind Nordwestwinde zu erwarten, die wolfiges Wetter mit einzelnen  
Niederschlägen bringen können.

**Sport- und Wetterbericht vom 21. Februar 1913.  
(Mitgeteilt v. Verein zur Förderung Dresdens u. des Fremdenverkehrs.)**

Ort	Höhen- lage m	Temp- eratur °C	Schnee- höhe cm	Sportverhältnisse		Bitterung
				Kobel	Eis	
Altenberg . . . .	750	- 8	10	gut	ungünstig	wolkenlos windstill
Annaberg . . . .	602	- 8	—	—	—	do.
Angersburg . . . .	505	- 8	—	—	—	do.
Bad Eger . . . .	491	- 10	—	—	—	do.
Bärenfels . . . .	700	—	—	—	—	—
Eibenstock . . . .	650	- 8	—	—	—	do.
Fichtelberg . . . .	1214	- 5	ab. 100	gut	gut	do.
Geising . . . .	600	- 6	—	—	—	do.
Heinrichsdorf . . . .	800	- 13	bis 10	ungünstig	möglich	schl. Wind wolkenlos
Kipsdorf . . . .	694	- 10	bis 10	ungünstig	—	wolkenlos windstill
Oberwiesenthal . . . .	913	- 10	11-20	gut	gut	do.
Oschatz . . . .	530	—	—	—	—	—
Reichenheim . . . .	778	—	—	—	—	—
Schneeberg . . . .	708	- 8	—	—	—	wolkenlos Wind

**Letzte Telegramme.**

Stbing, 21. Februar. (Privattelegramm.) Der Landwirt-  
schaftliche Verein zu Stbing nahm eine Resolution an, in der auf  
das schärfste gegen die Aeußerung des Kaisers vom Hinausschieben  
eines künftigen Zielens genommen wird. Die Resolution stellt dem  
Wächter das Zeugnis eines tüchtigen Landwirts aus. Schließlich  
wird die Aeußerung des Kaisers bedauert und betont, daß sie auf  
falsche Intentionen zurückzuführen sei. Die Resolution wurde auch  
von dem Landrat v. Pofadowitz, dem Sohn des früheren Staats-  
sekretärs, unterzeichnet.

Berlin, 21. Februar. (Telegraphen.) Die Berliner Poli-  
tischen Nachrichten teilen mit, daß die neue Heeresvorlage dem  
Reichstages bereits vor Letzten zugehen solle. Als Grund zu dieser  
Beschleunigung wird angegeben, daß in Frankreich eine starke patrio-  
tische Bewegung gegen die deutsche Heeresvorlage inszeniert werde.

Kaufmannsgerichtswahl in Frankfurt a. M.  
Frankfurt a. M., 21. Februar. Bei der gestern stattgefundenen  
Kaufmannsgerichtswahl, die unter reger Beteiligung vor sich ging,  
erhielten die Antifemiten einen bedeutenden Stimmen- und Mandats-  
verlust. Der Zentralsverband der Handlungsgesellen konnte ein  
Stimmenmehrheit von 30 Prozent buchen.

Griechisch-türkische Kämpfe.  
Athen, 21. Februar. Bei Messone haben am Mittwoch türkische  
Truppen gemeinsam mit Abteilungen von Irregulären das griechische  
Lager von Teozenza angegriffen. Sie sind aber unter großen Ver-  
lusten in der Richtung nach Petrosika zurückgeschlagen worden. Bei  
Petrosika dauert der Artilleriekampf fort. Das Feuer der türkischen  
Batterien ist aber nur schwach.

Athen, 21. Februar. Gestern nachmittag ist der Minister-  
präsident Venizelos in Philippas eingetroffen. Er wurde von  
den Offizieren des Hauptquartiers und des Generalstabes sowie dem  
Kontingente empfangen. Nach dem letzten Bericht beträgt die Zahl  
der aus Epirus Geflüchteten 22 000. Diese sind in Korfu, Previsa,  
Arta, Kephallonia, Zakos und Larissa untergebracht worden. Die  
Stiftungskomitees können nur unzureichende Unterstützung gewähren wegen  
der außerordentlichen Kosten für Unterkunft und Unterhalt, die täglich  
etwa 13 000 Drachmen betragen.

Die Fremden in Adrianopel.  
Konstantinopel, 21. Februar. Wie durch Kontenspruch gemeldet  
wird, hat der Kommandant von Adrianopel, Schürst Pascha, es ent-  
schlossen abgelehnt, die in Adrianopel befindlichen Ausländer gehen zu  
lassen, weil er befürchtet, daß diese dem Feinde Mitteilungen über  
Stadt und Befestigungen machen könnten. Schürst Pascha ist  
dagegen bereit, den Fremden eine neutrale Zone anzuweisen.

Botschafter Delcassé.  
Paris, 21. Februar. Die Ernennung Delcassé zum Botschafts-  
rat in Petersburg wird von der Presse im allgemeinen günstig beurteilt.  
Das Echo de Paris erklärt: Delcassé sei der richtige Mann an rechten  
Platz. Seine Wahl habe in Petersburg zu lebhafter Befriedigung  
herbeigeföhrt, daß Salsomato seine Ernennung noch am selben Tage,  
an dem die Zustimmung des Rates erfolgte, nach London telegraphiert  
habe. In anderen Hauptstädten werde man aus diesem Anlasse be-  
trübt und neuem widerstänige Märgen wachsen wollen. Man werde  
vielleicht von neuem von einer Einführung Deutschlands  
und von russisch-französischen Intelligen gegen Oesterreich solche von  
den Befürwortern sprechen, mit denen Delcassé den Frieden be-  
trachte. Diese Gerüchte habe Delcassé in seiner Kammerrede vom Januar 1908  
mit Erfolg zurückgewiesen. — Der Botschafter meint, die Ernennung  
Delcassés und die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit seien keine  
Herausforderung, sondern eine Erwiderung. Deutschland vermehre  
seine Stärke. Selen auch wie fast, wenn wir geschmet felt wollen!  
— Jaurés schreibt in der Humanité: Delcassé habe mindestens  
zwei Jahre lang unermüdlich behauptet, daß auch Kaiser Wilhelm  
seine feindseligen Absichten kenne. Es wäre ein dreifaches Verbrechen  
von Delcassé, wenn er nach Petersburg ginge, um dort die Rolle des  
Sternschicks zu spielen. Diejenigen, die ihn für diesen Posten ge-  
macht hätten, seien für seine Tätigkeit verantwortlich. Wenn Delcassé  
durch ihr dunkles Rätsel die europäische Spannung vermehren  
sollte, dann würde auf dem Haupte Poincarés eine furchtbare Ver-  
antwortung lasten.

Im Jenseit.  
Wiesbaden, 21. Februar. In einem Anfall von Geistesföhnung  
durchschnitt heute nacht der Metzgermeister Wassner in Wiesem mit  
einem Messer seiner 17 Jahre alten Tochter den Hals, so daß  
sie sofort tot war. Dem im Bett liegenden Dienstmädchen versetzte  
er ebenfalls einige Stiche in die Halsgegend. Auch seine Frau, auf  
die er einwirkte, die sich aber heftig zur Wehr setzte, wurde an den  
Händen verletzt. Hierauf durchschnitt sich Wassner selbst den Hals.  
An dem Kuffommen des Dienstmädchens, das noch in der Nacht ins  
Wiesbadener Krankenhaus gebracht wurde, wird gezwweifelt.

**Z.-C.** Montag den 24. Februar  
abends 7 Uhr  
Sitzung im Volkshaus.  
Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Vorwaltungsstelle Dresden und Umg.

## Drei Faschings-Vergnügen.

**Sonnabend den 22. Februar**  
im Etablissement **Blumensäle, Blumenstraße.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 3 Uhr.

**Dienstag den 25. Februar**  
im Etablissement **Stadt Leipzig, Leipziger Str.**  
Anfang 8 Uhr. Ende 3 Uhr.

**Mittwoch den 5. März**  
im Etablissement **Drei-Kaiser-Hof, Löbtau.**  
Anfang 8 Uhr. Ende 3 Uhr.

Auftreten der rühmlichst bekannten **Herren-Gesellschaft**  
**Weber-Sänger.**  
Nach den Vorträgen **Ball mit Kotillon.**

Karten **30 Pf.** für Mitglieder und deren Angehörige bei den Vertrauensleuten, Beitragsamtlern und auf dem Bureau zu haben.

Die Ortsverwaltung.

## Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Beiratsmitglieder: ...

## Bezirk Coschütz.

Die Parteigenossen treffen sich Sonntag früh 10 Uhr in der Coschützer Höhe zum Flugblattausstragen.

## Deutscher Bauarbeiter-Verband

**Bezirk Weißig bei Bühlau.**  
Sonnabend den 22. Februar, nachmittags 5 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

in **Körners Restaurant in Weißig.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht vom Zweigvereinstag.  
2. Sonstige Angelegenheiten.

## Kranken-Unterstützungskasse

der vereinigten Former Dresdens und Umgegend.  
Sonntag den 23. Februar 1913, vormittags 11 Uhr

## Generalversammlung

im **Volkshaus, Poststraße 18, 1.**  
Anfang 7 Uhr

## Radeberg! Arbeiter-Radf. Bund Solidarität

**Ortsgruppe Radeberg.**  
Sonntag den 23. Februar im Schützenhaus

## Faschings-Vergnügen

bestehend in **Kostüm-Paraden, Preis-Lumpenparaden.**  
Anfang 7 Uhr

## Freie Turnerschaft Potschappel

Sonntag den 23. Februar findet eine **Wintertourfahrt nach Tharandt**

## Athleten-Klub „Simon“, Deuben.

Mitglied des Arbeiter-Vereins Deuben.  
Sonnabend den 22. Februar im **Gasthof Echl. Hall, Dresden**

## Tanz-Abend

mit **Katzen-Witzen** und **Verlosung.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 3 Uhr.

# Dresdner Volkshaus

Ritzbergstraße 2. Telefon 1425. Maxstraße 12  
Sonntag den 23. Februar im großen Saale

**Nachmittags:** „Dornröschen.“  
Kindermärchen in 5 Bildern von Sophie Henaig.  
Eintritt mit Programm 15 Pf.

**Abends:** **Drei Erlebnisse eines engl. Detektivs.**  
Komödie in 8 Akten von Franz von Schönthan.  
Eintritt mit Programm 30 Pf.

**Bezirk Ottendorf-Weixdorf Aktions-Ausschuß.**  
Sonntag den 23. Febr., nachm. 4 Uhr

## Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. Filiale Deuben.

**Mitglieder-Versammlung**  
Sonnabend den 22. Februar, abends 9 Uhr im **Konrad Restaurant**

**Freie Turnerschaft Döhlen-Weissig**  
Sonntag den 23. Februar 1913

## Großer öffentl. Turnerball.

Anfang 6 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Alle Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu ergebenst eingeladen.

## Sparverein Rehbockschänke, Gittersee.

Sonnabend den 22. Februar  
**Gr. öfftl. Sommernachtsball**  
Salo: Strohhut.

## Zentralverband der Steinarbeiter

Zahlstelle Dresden, Pirna und Umgegend.  
Sonntag den 2. März, nachmittags 2 Uhr

## Jahres-Haupt-Versammlung

der **Gesamt-Zahlstellen in Pirnaer Volkshaus.**  
Tages-Ordnung:  
1. Jahres- und Kassensbericht. — 2. Neuwahlen.  
3. Verbandsangelegenheiten.

## Grabsteinbranche

Sonntag den 24. Februar, abends Punkt 6 Uhr, im **Volkshaus**  
**Versammlung.**

## Turnverein Einigkeit, Gittersee.

Sonntag den 23. Februar 1913  
im **Gasthof zu Gittersee**

## Großes Turner-Konzert

Nach dem Konzert  
**Feiner Ball**  
Eintritt 40 Pf.

## Freie Turnerschaft, Klotzsche

M. d. A. T. V.  
Sonntag den 23. Februar im **Erbsgericht**

## 6. Stiftungs-Fest

Konzert, turnerische Aufführungen und **Ball.**  
Beginn 4 Uhr. Konzertbeginn 7 Uhr. Ende 1 Uhr.

## Vereinigung für Volksbildung u. Kunstpflege

Sonntag den 23. Februar, abends 8 Uhr  
im **Gasthof zu Gittersee**

## Lichtbilder-Vortrag

Vortragender: **Th. Meentzen.** Thema:  
**Auf der Balkan-Halbinsel**

## Bauern-Schänke

Kreuzstraße 11, gegenüber dem Rathaus.  
**Bauern-Museum, Katakomben**

Sonnabend 3 Uhr 7 1/2 Uhr  
**2**  
Sonntag 3 Uhr 7 1/2 Uhr

## Gala-Vorstellungen Sarrasani

bei **Sarrasani**  
Telephon 17760 und 17512  
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise  
**Nur noch wenige Tage**  
Vorverkauf

## Sarrasani Konzert-Tunnel Bockbier-Trabel

Original bayrischen Königskapelle  
Abendkarte zuivilen Preisen. — Eintritt frei.

## W. Gärtners Restaurant

Dresden-N.  
Sonnabend den 22. und Sonntag den 23. Februar

### Sächliche Angelegenheiten.

#### Jugendangelegenheiten durch Ortschulordnungen.

Die preußische Methode im Kampfe gegen die proletarische Jugendbewegung scheint in Sachsen Schule gemacht zu haben. So hat hier die Arbeiterjugendbewegung einige Freiheiten in einer Entwicklung gewährt. Wohl hat es an Vollkommenheit nicht besonders mangelnd, doch konnten sie der Jugendbewegung nicht besonders hinderlich sein. Sympathie für die Arbeiterjugend hat die Regierung sicher nicht geleistet, wenn sie auf die rigorose Unterdrückungsmethode Preußens verhielte. Sie hat aber aus den Sozialistenerfolgungen wohl so viel gelernt, daß sich lebenskräftige Bestrebungen mit Gewalt nicht unterdrücken lassen. Ihre sogenannten positiven Gegenmaßnahmen beleuchten ja übrigens die Regierungshaltung zur Arbeiterjugend sehr deutlich. Es sei nur an die 100 000 Silberstücke erinnert, die angeblich zur Jugendfürsorge, in Wirklichkeit zur Bekämpfung der Arbeiterjugendbestrebungen aus dem Staatshaushalt bereit gestellt wurden.

Vom dem leiblichen Erfolge der so aufgebäumten Jugendbildung scheint man aber nicht recht befriedigt zu sein. In der Hauptsache hat man nur bürgerliche Sprößlinge angezogen, deren Eltern ohnehin schon für „nationale Erziehung“ sorgen. Dieser Mißerfolg scheint die Regierung für die weiterbildenden Schachmattieren nach Wangelierden Rezept gezwungen gemacht zu haben. Doch will man in Sachsen nicht so offen vorgehen, sondern die Weisheit mehr von hinterherum durch die Schule befragen. Offenbar ist es aber auf Direktiven der Regierung zurückzuführen, daß in einer großen Anzahl Gemeinden Ortschulordnungen aufgestellt wurden, die inhaltlich dem Zweck haben sollen, der freien Jugendbewegung Hindernisse zu bereiten.

Den Fortbildungskursen wurde zwar die Mitgliedschaft in Jugendbildungsvereinen nicht direkt unterlag, aber verweigert, daß sie die Genehmigung der Schulbehörde einholen müssen. Dabei gab das abgeänderte Ortschulstatut den Schulbehörden das Recht, die Genehmigung der Mitgliedschaft zu verweigern, sobald der Verein den „Interessen“ der Schule entgegensteht. Nun bestreiten wir ganz entschieden, daß die Mitglieder der Arbeiterjugendbewegung den Interessen der Schule entgegensteht. Aber die Schulbehörde in Radebeul hat aus diesen neuen Bestimmungen das Recht her, einzelnen jugendbildungswilligen Mitgliedern des Jugendbildungsvereins Strafbefehle auf Grund ihrer Mitgliedschaft zuzuschicken. Sogar der Vorsitzende der Gruppe Radebeul bekam auf Grund des Ortschulgesetzes ein Strafbefehl, obwohl er der Schule schon entwichen war. Diese Strafbefehle wurden erlassen und nach einigen Monaten, ohne daß ein Termin angesetzt wurde, zurückgezogen. Dieser Vorfall hatte die verschiedenen Vernehmungen vor der Ortsbehörde in Radebeul gezeitigt. Man interessierte sich dabei ganz besonders für die Bibliothekseinrichtung des Jugendbildungsvereins. Es wurde unter anderem ein Mitglied in der Vernehmung befragt, welche Bücher in der Bibliothek in Radebeul zu haben seien. Der Vernommene berichtete der Wahrheit entsprechend, daß der Jugendgruppe Radebeul eine besondere Jugendbibliothek der Bibliothek der Radebeuler Arbeiterjugend zur Verfügung stehe, die lediglich Bücher unpolitischer Natur enthält. Diese Aussage wurde jedoch angezweifelt und der Vernommene von der Behörde aufgefordert, er möge einmal nachsehen, ein Buch politischen Inhaltes zu bekommen. Er meinte, man beschränkte ihn sogar eine bestimmte Probe, die er sich entleihen sollte. Er konnte und mußte sich dieses zweifelhaften Ansehens abheben, da er als Jugendlicher diese politische Proklamation überhaupt nicht bekommen hätte. Der Vorfall beweist jedoch, mit welcher Verachtung die Behörden versuchen, Material gegen die freie Jugendbewegung zu erlangen.

Obwohl das abgeänderte Ortschulstatut eine Maßnahme der Schulbehörde gegen die Jugendbewegung ermöglichte, so sind doch diese Bestimmungen scheinbar immer noch nicht vollständig den begehren Absichten. Zudem hätte ja auch jede Ortsbehörde gefordert vorgehen müssen. Darum gedachte man sich mehrere Fliegen mit einem Schlag zu treffen. So wurde eine neue Verordnung erlassen, die von den Bezirkschulinspektionen erlassen wurde. Innerhalb unseres Kreisgebietes war die Bezirkschulinspektion Dresden III, die die Amtshauptmannschaft Dresden-Kreisstadt nebst den Orten Tolkewitz, Kautzsch und um, umfasst, aussersehen, den Verordnungsamt zu assistieren. Die neue Verordnung ist datiert vom 17. Januar 1912 und hat die Aufgabe, neben der Erfassung weiterer Strafbefehle einige Räden, die die „verbesserten“ Ortschulstatute enthalten, auszufüllen.

Während auf Grund der Bestimmungen in Radebeul die Schulbehörde lediglich die Verordnungen hatte, die Mitgliedschaft im Jugendbildungsverein zu untersagen, gibt die neue Verordnung den Schulbehörden das Recht, auch die Teilnahme an allen Veranstaltungen usw. zu untersagen. Der Absatz 1 lautet wörtlich:

„Der Eintritt in Vereine und Gesellschaften aller Art und der Besuch der Veranstaltungen von Vereinen und Gesellschaften, sowie der Besuch sonstiger Versammlungen, Zusammenkünfte und Sitzungen — einschließlich des Besuchs von Lesungsstunden und dergleichen — sind den Volk- und Fortbildungsschülern nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Schulvorstandes gestattet.“

Auf Grund dieser Bestimmungen wäre nunmehr jeder Fortbildungsschüler gezwungen, zu seinem ganzen Tun und Handeln zunächst die Genehmigung der Schulbehörde einzuholen. Zum Besuche jedes Lesungsabends, jedes Kunstabends usw. müßte er erst die Genehmigung der Schulbehörde einholen. Die Teilnahme an solchen Veranstaltungen würde natürlich immer verweigert werden, wenn sie von einer Arbeiterorganisation oder der proletarischen Jugendbewegung arrangiert wären. Die Mitgliedschaft in einem Jugendbildungsverein würde unter allen Umständen verweigert bleiben.

Um die Willkür der Schulbehörden scheinbar zu begrenzen, werden die Urkunden, auf Grund deren eine Genehmigung verweigert werden darf, im einzelnen aufgeführt, indem es heißt:

- Die Genehmigung kann verweigert werden, wenn:
1. das Verhalten des Schülers Anlaß zu Tadel gegeben hat,
  2. für den Schüler das Schulgeld nicht pünktlich entrichtet wird,
  3. die Fortbildungen der Vereine, Gesellschaften oder Veranstaltungen den Interessen der Schule entgegenstehen.

Sind schon die Bestimmungen unter 1 und 2 recht eigener Art, so kann auf Grund des Absatzes 3 als unterlag werden. Welche sind die Vereine, Gesellschaften oder Veranstaltungen, deren „Fortbildungen“ den „Interessen der Schule entgegenstehen“? Was ist überhaupt unter den „Interessen der Schule“ zu verstehen? Die Schulen haben doch die Aufgabe, die Jugend zu erziehen und Volksbildung zu verbreiten. Auf Grund solcher „Interessen“ könnte aber niemals die Mitgliedschaft oder Teilnahme an Veranstaltungen von Vereinen abverlangt werden, deren alleiniger Zweck in der Verbreitung von Bildung liegt. Hierzu liegt ein äußerst beweiskräftiges Material vor in Hunderten von Programmen u. a. Werden die Schulbehörden dieses aber anerkennen? Oder definieren sie die „Interessen“ der Schule anders? Verstehen sie unter „Interessen“ der Schule nationale Bildung, d. h. „Interesse“ für Heer und Marine, für Kolonien und Krieg? Wohl möglich, daß sie dies meinen. Diese „Interessen“ erkennen allerdings die Arbeiterjugend nicht als die ihrigen und auch nicht als die wirklichen „Interessen“ einer wahren Volksschule an. Mit einer solchen Definition würde die Regierung durch die Bezirkschulinspektion lediglich wieder dokumentieren lassen, daß die Schulen im einseitigen „Interesse“ der bestehenden Klasse der Gesellschaft wirken, daß unsere Schulen Klassen-schulen sind gegen eine solche Auslegung der „Interessen“ der Schule werden wir uns aber ganz energisch zu wehren haben.

Wegen Übertretungen dieser Bestimmungen werden Strafen bis zur Höhe von 30 M. angedroht. Freilich hat man mit den bisher herbeigeführten Gerichtsentscheidungen, die sich mit Strafbefehlen auf Grund dieser Verordnung zu beschäftigen hatten, kein großes Glück gehabt. Selbst die bürgerlichen Gerichte beurteilen das Regierungsmandat recht ungünstig, obwohl Entscheidungen über die interclassen Strafbestimmungen der Verordnung noch nicht vorliegen. Diese sind niedergelegt in dem letzten Absatz und lauten folgendermaßen:

„Eltern und Erzieher, die dadurch eigenmächtig gegen die Ordnung der Schule einschreiten, daß sie ihre Kinder ohne die vorgelassene Genehmigung der Vereine, Gesellschaften oder sonstigen genannten Veranstaltungen zu führen oder der Teilnahme ihrer Kinder an diesen Vorhaben leisten, werden nach § 5 Absatz 6 des Volksschulgesetzes bestraft.“

Damit ist also den Eltern jedes Recht genommen, auf ihre Kinder einzuwirken, auch auf Angelegenheiten, die ganz außerhalb des Wirkungsbereiches der Schule liegen. Der Kreis eines jugendlichen soll schon „eigenmächtig“ gegen die Ordnung der Schule einschreiten, sobald er nur seinen Sohn oder seine Tochter auffordert, an einer von der freien Jugendbewegung angeleiteten Veranstaltung teilzunehmen. Noch viel mehr, wenn er etwa auf die Mitgliedschaft in einem Jugendbildungsverein hinwirkt. Das würde der „Ordnung der Schule“ widersprechen, die gebietet, daß die „Interessen“ der Schule identisch seien mit den Interessen bürgerlicher Progressparteiern und alldemokratischer Aufstiegspartheien. Man will den Arbeiteltern somit das Recht nehmen, auf ihre Kinder einzuwirken, und ihren Interessen entsprechend zu erziehen. Die Eltern und Erzieher aber, die es unternehmen, ihre Kinder der Einseitigkeit der Fortbildungsschule zu entziehen, indem sie diese auf Veranstaltungen seitens der proletarischen Jugendbildungsinstitutionen hinweisen, sollen einer Strafe verfallen, die sich laut Volksschulgesetz § 5 Absatz 6 in der Höhe bis zu 30 Talern bewegen kann. Der Arbeiter soll eben lediglich nur noch die Pflicht haben, seine Kinder zu erziehen, die Erziehung behält sich der Staat vor, um sie seinen kapitalistischen Interessen gemäß zu gestalten.

Selbstverständlich werden sich die Arbeiter diese Gängelei nicht ohne weiteres gefallen lassen. Wenn es aber zu einer Nachprüfung dieser rechtlichen Vorarbeiten kommt, dann werden sie nicht bestehen, denn es geht auf Grund der bestehenden Gesetze nicht an die Verfügungen der Schulbehörden über den Bereich der Schule hinaus zu erstrecken. Solche Verfügungen sind an sich schon bedauerlich; wenn es aber in der Absicht geschieht, damit von den herrschenden gewollte politische Zwecke zu erreichen, sind sie doppelt verwerflich. Dann wird die Gefahr hervorgerufen, daß im Volke eine Abneigung, ja eine Feindseligkeit gegen die Schule hervorgerufen wird. Was hier geschieht, ist nicht nur ein unzulässiger Versuch mit unzulässigen Mitteln, es ist eine schwere Verletzung an der Schule, an der ganzen Jugendziehung.

**Nach dem nationalen Lager.**  
Vor dem Chemnitzer Schöffengericht wurde dieser Tage ein interessanter Prozeß verhandelt, der die Zustände im Lager der Evangelisch-Nationalen etwas beleuchtet. Angeklagter war der frühere evangelische Arbeitersekretär Purtsch, mit dessen Sekretärsherrlichkeit es nicht allzulange nach dem letzten Reichstagswahljahr zu Ende war. Als er war ein Arbeiter Drechsler, der vorletzten Jahr vor T. warnte.

Die Ursache zu dem Prozeß war ein Brief, den Purtsch an den Arbeiter geschrieben hat. In dem Briefe fordert Purtsch bis zum 14. November sein Geld, und dann folgt einiges Besessenes, was dem Vorfall jedenfalls etwas zu schärft war. Sogar ein ganz unparlamentarisches Wort war mit darin enthalten. Das einzige höfliche Wort stammte aus dem Briefe und lautete „hochachtung“. Man mag dem evangelischen Exsekretär a. D. nicht über mitleidig haben, wenn er so tollat wurde. Doch Purtsch Drechsler dachte im Augenblick auch nicht an das schone Bildwort: „herr bereit ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun“, sondern er nahm geschickliche Mitleid im Anspruch.

Die geschicklich wurden auch hier Einigungsversuche gemacht, die aber erfolglos waren, da einmal die Bedingungen zu hart waren und zum andern der Angeklagte nichts zuzunehmen wollte. Er bestand sich nur auf einer Erklärung, die nach seiner Behauptung von Vorstandsmitgliedern der Evangelischen abgegeben wird, wenn sie jemand beleidigt haben. (Trotzdem haben die Evangelischen derartige Erklärungen vorzuzug, was darauf schließen läßt, daß man sich in dieser Beziehung auf größeren Betrieb eingerichtet hat. Purtsch war ja einer von der Junst, muß also wissen welche Gesetzmäßigkeiten in den Kreisen herrschen.) Da sich Purtsch Drechsler nicht darauf einließ kam es zur Verhandlung, in deren Verlauf man erfuhr, daß das Geld nicht die höchste Seite der Evangelischen ist. Im Oktober hat man dem armen Purtsch nur 150 M. Gehalt gegeben, während man ihm 210 M. Spesen, Telefongebühren usw. nicht bezahlt hat. Es ist glaubhaft, wenn P. sagt, daß er hätte nicht seiner Familie gehungen müssen wenn ihm nicht andere Leute gehoben hätten. Von 150 M. kann man wirklich nicht 210 M. Ausgaben bezahlen, selbst wenn man ein evangelischer Rechnungsführer ist. Doch es kommt noch besser. Am 31. Oktober habe ich ein Vorhandenmitglied, so erzählt P., die Tube auszukommen und ihn hinauszugehen wollen, trotzdem der Evangelische Verband die Räume weder gemietet noch einen Pfennig Miete dafür bezahlt habe. Das Erzählen der ihm angeführten Tatsachen in Verbindung habe ihn bereit aufgesetzt, daß er so schärft geschrieben habe. Das Urteil lautete auf 30 M. Geldstrafe oder 5 Tage Gefängnis.

Der Prozeß geschah einem Bild hinter die Kulissen der mit so großem Lärm im Leben gerufenen evangelischen Arbeiterbewegung, mit der es bald ganz aus sein wird, da die Arbeiter nicht daran denken, Reuten Gesehigkeit zu leisten, die an alles andere denken nur nicht an Vertreibung der Arbeiterinteressen. Wozuf die ganze Sache hinausläuft das hat ja Pastor Richter offenkundig gesehen. Erziehung von Großklappen. Daß das auch seine Schattenseiten hat, dafür bietet der Prozeß ein lehrreiches Beispiel. Der Prozeß illustriert aber auch recht augenfällig die christliche Duldsamkeit und Liebe die so oft gebrüht wird.

#### Wichtige Entscheidung in Unfallsachen!

Der Weber Hartung aus Wernsdorf bei Glauchau hatte am 25. Februar 1901 einen Betriebsunfall erlitten, ist aber mit seinen Entschädigungsansprüchen an die Textilversicherergesellschaft durch rechtskräftiges Urteil des Landesversicherungsamts vom 8. Dezember 1902 mangels Nachweises des ursächlichen Zusammenhanges zwischen Unfall und dem Tode des Klägers abgewiesen worden. Er hat nun am 16. November 1912 auf Grund von § 5893 der Reichsversicherungsordnung den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens eingebracht und zur Begründung geltend gemacht, er habe sich am 18. Juli 1912 einer Operation unterwerfen müssen und bei dieser Gelegenheit hätte der behandelnde Arzt (es liegt auch ein dementsprechendes Gutachten vor) erklärt, daß seine Arbeitsunfähigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Unfallfolge ist. Die Versicherungsgesellschaft hat die Abweisung des Rechtsmittels beantragt, indem sie nicht anerkennt, daß der Beweis gelungen ist, es handle sich um Unfallfolgen. Zudem seien aber mehr als fünf Jahre seit der Rechtsprechung des Landesversicherungsamts verstrichen, und in solchem Falle sei eine Revisionsinstanz nicht mehr zulässig. Das Landesversicherungsamt hat das Rechtsmittel wegen Verjährung verworfen. Die Revisionsinstanz sei nur innerhalb fünf Jahre zulässig. Auch liege keine Klage vor, die schon bei der Fällung des Urteils durch das Landesversicherungsamt (1902) erhebt habe und bloß erst später aufgefunden worden sei (§ 5893 der R.-V.-O.), denn das ärztliche Gutachten sei erst später entstanden.

**M. Schmitt.** Zwei Fallstrücker, der Werkführer Alfred Reumann und der Horizontalbohrer Bruno Kühnel, standen unter der Anklage des Münzverbrechens vor dem Chemnitzer Geschworenengericht. A. hatte in der Fabrik, wo er beschäftigt war, ein Stück Weichmetall im Werte von 285 M. gestohlen und miteinander gemeinschaftlich hatten die Angeklagten Zwei- und Fünftausend daraus gemacht. Wegen Verjährung des öffentlichen Strafrechts wurde die Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Gericht verurteilte Reumann zu einem Jahr sechs Monaten und Kühnel zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis, auch wurden jedem die Ehrenrechte auf drei Jahre gestrichelt.

**Keine Nachrichten aus dem Lande.** Gestern dornittag wurden in Zwickau der 68 Jahre alte Müller Reibel und seine 40 Jahre alte Gattin in ihrer Wohnung dem Tode überliefert. Während bei dem Tode die Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg waren, kam die Frau wieder zum Leben zurück, sie wurde jedoch in demselben Zustande in das Stadtkrankenhaus gebracht. Die Verlegung wurde durch ausströmende Gase aus einem Stubenofen, der mit Petroleum geheizt war, verursacht. — Das Forstliche Wohnhaus in Johanna-Georgenstadt, eins der ältesten Häuser der Stadt, ist wahrscheinlich durch einen schadhaften Schornstein, bis auf die Grundmauern niedergebrannt. — In einem Hotel in Grimma fand am Mittwochabend der im Ruhe- und lebende Volkssekretär Scheel, der früher in Leipzig-Plagwitz die 1. lat. Pflanzl. vom Stuhle und stark zum Scherzen der Witz, noch ehe der Rest zur Stelle war. Ein Herzschlag hatte dem Leben des 54jährigen Mannes ein jähes Ziel gesetzt.

### Stadt-Chronik.

#### Der Rat und die Arbeiterschaft:

Der Rat zu Dresden behandelt von jeder die Arbeiterschaft mit einer ausgeklügelten Juristerei und Ungerechtigkeit, die zum schärfsten Widerspruch herausfordert. Das war ja, als Kontervaive und Antikommunisten noch die unumschränkte Herrschaft im Rathaus führten, und ist heute, wo der Rat durch den Liberalismus eine „Verjüngung“ erfahren, nicht anders. Erheben sich die Verantwortlichen der bürgerlichen Gesellschaft der weitgehendsten finanziellen Unterstützung seitens der Stadtverwaltung, so hat man für die Arbeiter in gleichen Fällen nichts als eine dröckige Abweisung. Die städtischen Einmüchlichkeit erwidert, stehen allen bürgerlichen Parteien für ihre Veranstaltungen offen, nur der Sozialdemokratie hält man sie verschlossen. Was nach dieser Richtung in vielen anderen Großstädten mit einer einigermaßen weitsichtigen und vor den Grundfragen der Gerechtigkeit geleiteten Stadtverwaltung als etwas ganz Selbstverständliches gilt, erfordert in Dresden eingehende Erörterungen im hochmüchlichen Rat; man muß bei Ablehnung der mehr als beherrschenden Forderungen der Arbeiterschaft wenigstens den Anschein erwecken, als sei man der Frage nähergetreten.

So hatte unsere Parteileitung in Dresden um Ueberlassung des Ausstellungspalastes für die diesjährige Kaiserer nachgedacht. Der Wächter darf seine Räume vertragsgemäß zu sozialdemokratischen Versammlungen nicht zur Verfügung stellen, und hatte deshalb ein Verbot an den Rat gerichtet, ihn für 1. Mai von diesen Bestimmungen zu entbinden. Dieses Verbot wurde abgelehnt!

Unsere Genossen ließen sich jedoch nicht so kargerhand abweisen, man legte vielmehr die Angelegenheit dem Räte vor, daß er entweder dem Verlangen der Arbeiterschaft Rechnung tragen oder durch seine Stellungnahme die Arbeiter zu Steuerzahlern minderen Grades erklären mußte. Nachdem zwei sozialdemokratische Stadtverordnete persönlich beim Oberbürgermeister vorstellig geworden waren und ihm erklärt hatten, daß eine formelle Versammlung nicht abgehalten werden sollte, es sich vielmehr um Instrumental- und Vollkongress sowie andere festliche Veranstaltungen handelte, auf die sich der mit dem Wächter geschlossene Vertrag nicht beziehe, mußte man im Rat die Sache wohl oder übel erneut aufstellen. Der Oberbürgermeister ließ bei dieser Aussprache durchblicken, daß man unter diesen Umständen die Entscheidung jedenfalls dem Wächter überlassen werde. Unsere Genossen überreichten nunmehr dem Rat sowohl als auch dem Wächter einen schriftlichen Programmverbot der am 1. Mai in Aussicht genommenen Veranstaltungen mit dem Ersuchen um erneute Beschlußfassung im Rat. Für diesen würde die Angelegenheit wohl am bequemsten erledigt gewesen, wenn der Wächter, Herr Hofjeld, kargerhand seine Zustimmung verweigert hätte. Doch dieser lehnte eine weitere Eingabe



das ein ehemaliger Angestellter des Beklagten die Mittel angefertigt hat. Dieser will nicht wissen, wer ihm hierzu Auftrag erteilt hat.

Das Urteil der reichlich achthundertjährigen Frau war, daß von dem gegen Salbach vorgebrachten Belastungsmaterial nichts übrig blieb, was die schwebende Beweislage gegen ihn rechtfertigen könnte.

Die Angelegenheit hat auch im Landtag eine Rolle gespielt, an den sich beide Parteien mit Eingaben gewendet hatten.

Landgericht. Ein Doppelverurteilung.

Der 1882 hier geborene „Journalist“ Theodor Kay Gottschald hatte sich wegen Mißbrauchsbetrugs, Hausfriedensbruchs, groben Unzuges und Erpressung zu verantworten. Er war zunächst Stellvertreter, dann Schriftführer, Negoziant in Brinn, Zuckerwarenhandlung und landete schließlich als „Journalist“ auf letztere Bezeichnung machte er Anspruch, weil er für eine hiesige Wochenzeitung, für die er zunächst sammeln sollte, einige Artikel geschrieben hatte.

Der Angeklagte leistet in allen Fällen die betrügerische Absicht und auch weiter, daß er sich als Inhaber einer festen Stellung ausgegeben habe. Größere Beträge habe er stets in Aussicht gehabt als Donator für seine schriftstellerischen Arbeiten.

Neues aus aller Welt.

Drei Brüder von ihrem Schwager niedergeschossen.

Wien, 20. Februar. Heute Abend ereignete sich im belsten Bezirk ein furchtbares Verbrechen. Die drei Inhaber einer Bau- und Holzhandlung, Otto, Alfred und Richard Berger, wurden von ihrem Schwager, dem Ingenieur Emil Altman überfallen und durch Revolverkugeln tödlich verletzt.

baniederliegt. Der Mörder ist 60 Jahre alt. Er war früher Buchhalter bei der Firma Berger und beschloß, einen Teil seines Geldes verloren zu haben. Er reiste daher nach Budapest, um sich eine neue Existenz zu gründen.

Die Petersburger Troisky-Kathedrale eingeweiht.

Petersburg, 20. Februar. Heute ist eines der ältesten Bauwerke der Stadt, die aus der Zeit Peters des Großen stammende Troisky-Kathedrale, die eine große Sammlung von Ikonen enthält, durch Feuer gerichtet worden.

Genererbrand in der japanischen Hauptstadt.

Tokio, 20. Februar. In dem Bezirk Kanda, im Zentrum von Tokio, ist heute früh Feuer ausgebrochen. Ueber 2000 private und öffentliche Gebäude, darunter die Schule für fremde Sprachen und die Nippon-Universität, sind eingestürzt worden.

Zwei Arbeiter durch eine einfallende Mauer getötet.

Soest, 20. Februar. Beim Abruch von Gebäuden im Bereiche der Fabrik-Lagerhalle wurden gestern der 23jährige Arbeiter Bohne und der 24jährige Arbeiter Blum von einer einfallenden Mauer erschlagen und getötet.

Todesfall durch Vergiftung.

Kranberg, 20. Februar. In Sadringen erkrankten auf dem Nachmannschen Hofe mittags kurz nach dem Essen der Verwalter, die Haushälterin, zwei Dienstmädchen und ein Jagelöhner an Vergiftung. Es wird vermutet, daß in die Milchsuppe aus Berlehen Kaltenpflanz gekommen ist.

Explosion eines Stindängers.

Gleichen, 19. Februar. Ein Explosionsständer hat sich in Verban ereignet, wo Arbeiter die Kohle schaufelten. Zwei Arbeiter sowie ein Schiffer hatten Sprengstoffe gesammelt und dabei auch ein unfertig geladenes ganzes Geschöß aufgenommen.

Briefkasten.

W. A. Golbeinstraße. 1. Ein Ude kann aus diesem Grunde nicht geschlossen werden. 2. Bei der Entscheidung über die Höhe der Alimentation kommen außer dem Einkommen auch noch andere Faktoren in Betracht.

W. J. N. Eine Verstrafung ist bei diesem Sachverhalt ganz angebracht. R. N. Raundorf. Das Eingeladene ist nicht bezweifelbar. M. C. in Mageria. Der Giffelsturm in Frankreich, 300 Meter hoch.

Veranstaltungen für Sonntag.

- 4. Kreis, Bez. Radebeul, Radebeul u. U. Abends 8 1/2 Uhr. Theaterabend in der Goldenen Krone, Radebeul. 6. Kreis, Bez. Radebeul-Briesnitz. Abends 9 Uhr. Mitgliederversammlung im Gasthof Briesnitz.

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 20. Februar 1913 zu Dresden.

Table with 3 columns: Schlachtvieh-attung und -trieb, Bestklassen, and Marktpreis für 50 kg Schlachtkörper. Rows include 1. Rinder, 2. Bullen, 3. Kalben u. Kühe, 4. Ferkel, 5. Gänse, 6. Enten, 7. Hühner, 8. Kanarienvögel.

Thymians Thalia-Theater. Dresden-N. Götziger Str. 6. Täglich 8.30 Uhr. Sonntag 3 Vorstellungen: Um 11, 4 u. 8 Uhr. Zum Frühstück 20 u. 30 Pf. Entrée. Donnerst.: „Damenkaffee“.

Victoria-Salon, Waisenhausstr. 21. Gastspiel der weltberühmten australischen Tanz-Schönheit „Saharet“. Ausserdem: das total neue, erstkl. Spezialitäten-Programm.

Fabrik-Reste. 130 br. Stangenleinen 60 Pf. Länge bis 2 Meter, reg. Wert 1.50 jetzt 60 Pf. Reste: Linon-Batiste 20 Pf., Damaste und Stangenleinen 48 Pf., Gardinen 35 Pf., Hemden-Barchent 33 Pf., Bett-Inletts 65 Pf., Barchent-Bettlucher 95 Pf.

Eine Unmasse. Nur Freitag, Sonnabend. Reste. Musseline 25 Pf., Chemise-Waffene 28 Pf., Woll-Musseline 50 Pf., Damaste und Stangenleinen 48 Pf., Hemden-Barchent 33 Pf., Barchent-Bettlucher 95 Pf.

Satintuch 50% unter Preis. Cheviot, Wollbatist, Serge, Popeline. Reste: 130 cm breite Kostüme 1.15, Herren-Stoffe 1.90, Seidenstoffe 95 Pf.

H. Zeimann, Webergasse 1, erste Etage, Ecke Altmarkt. [A 30/7]

Parteiangelegenheiten.

Kaus der Reichstagsfraktion.

Zum Reichstagsfraktion über die parlamentarische Tätigkeit am Freitag in Jena bestimmte die Fraktion den Genossen Heinrich Schulz.

Personalien.

Zum Bezirksparteisekretär für Oidenburg-Ortenburg wurde, nachdem Genosse Winkeimann (Dresden) die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hat, am Sonntag der Kandidat Genosse Jul. Meyer (Wittichen, bisher Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes) gewählt.

Als Parteifreiwirtschaft für die Provinz Schlesien wurde die Genossin Frieda Bluff-Berlin gewählt. Zum Sitz des Sekretariats in Breslau bestimmt.

Kommunalwahlen.

Bei den Grundeigentümernwahlen zur Hamburger Bürgerchaft am Dienstag wurde nach Genosse Blume gewählt. Die Sozialdemokratie hat damit trotz des schandbaren Wahlergebnisses ihren alten Erfolg behauptet.

Bei der Gemeinderatswahl in Oera wurden neun Sozialdemokraten und vier Bürgerliche gewählt. Von 9000 Wählern wurden 9055 Stimmzettel abgegeben. Es erhielten die Sozialdemokraten 4290, die Bürgerlichen 3894 gefaltene Stimmzettel. Die verbleibenden 875 Stimmzettel blieben ohne Wirkung. Die Sozialdemokraten sind damit um zwei Mandate von 17 auf 15 Mandate gesunken.

Verkehrsprojekte.

Die Dresdener erste Strafkammer beschäftigte sich am Dienstag wieder einmal den ganzen Tag mit unserem dortigen Parteigänger. Das Ergebnis war, daß Genosse Otkonski wegen angeblicher Verleumdung eines oberbischöflichen Polkisten zu 20 W. Strafe und in zwei anderen Prozessen die Genossen Otkonski und Adler zu je 50 W. Strafe wegen angeblicher Verleumdung eines Gemeindevorstehers verurteilt wurden.

Literatur.

Die Schöpfer des neuen Parteiprogramms, welche als je es nötig, die Parteiforderungen zu klären. Die neue Parteiprogramme sind im Verlag W. Pannsch u. Co. in Königsberg erschienen. Die 'Sozialistische', das monatlich zur Vorbereitung der nächsten Parteitagung dienen soll. Parteiforderungen wollen Parteimitglieder und Parteimitglieder verlangen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Parteien im Holzgewerbe zu dem Schiedsspruch.

Es ist dem dreimaligen Schiedsspruch des Reichsrats v. Verleug, der übrigens nur einen Teil der vorliegenden Differenzen betrifft, nicht besser ertragen, wie es meistens in solchen Fällen geht: Keine Partei ist von dem Inhalt befriedigt. Schon auf den Städtekonferenzen, die sowohl der Arbeitgeberverband als auch der Holzgewerkschaftsverband unmittelbar im Anschluß an die Verhandlungen abhielten, machte sich die Opposition gegen den Schiedsspruch lebhaft bemerkbar. Während aber bei den Arbeitern am Schiedsspruch die organisatorische Disziplin über einzelne Sommerwünsche regte und der Schiedsspruch eine Mehrheit fand, zeigt sich bei den Unternehmern die geringere Einsicht, denn bei ihnen fand sich keine Mehrheit für den Schiedsspruch. Ein beträchtlicher Teil der Unternehmervertreter übte Stimmenthaltung, so daß es zur Ablehnung des Schiedsspruches kam.

Die eigentliche und definitive Entscheidung über Annahme und Ablehnung des Schiedsspruches lag verhandlungsgemäß nicht bei den Vertreterversammlungen, sondern bei den Mitgliederversammlungen der einzelnen Gewerkschaften. Die Berichte über diese Versammlungen weisen wiederum ein sehr verschiedenes Bild auf. Die Mitglieder des Holzgewerkschaftsverbandes haben zwar auch hier ihrer Unzufriedenheit über die unzulänglichen Zugeständnisse, die ihnen der Schiedsspruch bringt, in beredten Worten Ausdruck verliehen, aber es hat sich doch eine starke Mehrheit für dessen Annahme erklärt. An einzelnen Orten betrug

diese Mehrheit bei sehr starker Beteiligung an der Abstimmung nur einige Duzend Stimmen, so in Dresden, Erfurt, Halle, Hannover, Joch, Berlin usw. Abgelehnt wurde der Schiedsspruch aber nur in den Versammlungen in Danzig, Rastow, Stargard und Stettin.

Demgegenüber haben die Unternehmer bei den örtlichen Abstimmungen das gleiche Schauspiel der Befriedigung geboten wie auf der Städtekonferenz. Soweit bis jetzt aus Zeitungsmeldungen und anderen Mitteilungen bekannt geworden ist, hat sich in Berlin, Düsseldorf, Köln, Leipzig, Oldenburg, Göttingen, Magdeburg und München eine Mehrheit für den Schiedsspruch gefunden, während aus Amberg, Griesbach, Joch, Scharf, Lindenwald, Posen, Spandau und Weiz die Nachricht von der Ablehnung des Schiedsspruches durch die Unternehmer vorliegt. Die 'Allgemeine Zeitung' bringt am 16. Februar eine zweifelhafte Unternehmerrufen Sammelnde Notiz, wonach der Schiedsspruch von der Mehrheit der Unternehmer bei den örtlichen Abstimmungen angenommen sei, und fügt hinzu, daß in den 22 Orten, in denen der Schiedsspruch von den Unternehmern abgelehnt sei, Einzelkämpfe kaum zu vermischen sein würden.

Wozu etwas zu sagen, verbleibt vorläufig die Rücksicht auf die Bestrebungen der Zentralvereine, dem Schiedsspruch allgemein Geltung zu verschaffen. Inwiefern dies bis zu dem festgesetzten Termin am 1. März gelingen wird, weiß jede Organisation für sich selbst verantwortlich. Es sei aber daran erinnert, daß es die Unternehmer gewesen sind denen die Vertragsbewegungen nie unzulänglich genug werden konnten; von jener Seite ist das Weitz der Einzelkämpfe stets scharf bekämpft und dafür die Massenauflösung propagiert worden. Auch der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe verfolgte dieselbe Tendenz. Bei der diesmaligen Bewegung hat er — nicht die Arbeiter — die Vertragsbindung auf der ganzen Linie beschlossen und vollzogen. Daraus ergeben sich doch letzten Endes auch Rücksichten, und die letzteren nicht zuletzt darin, die eigenen Mitglieder zur Einhaltung und Respektierung der von der Organisation eingegangenen Verbindlichkeiten unter allen Umständen anzuhäufen. Die Holzgewerkschaften werden sich hierzu bemühen, daß der Arbeitgeberverband erst große Fortbewegungen mit allgemeiner Ausbreitungsänderung inszeniert und sich dann später, wenn er seine Ziele nicht zu Ende führen kann, damit ausbreiten sucht, daß in diesem oder jenem Orte Einzelkämpfe zu erwarten seien. Wenn es erst wieder so weit kommen sollte, dann sind auch die übrigen Orte nicht außer Schußlinie.

Soziales.

Blumenarbeiter.

Bei der Firma Th. Heilm, Dresden-Pöbitz, Weddstraße 20, stehen nun sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik. Die Heimarbeiterinnen in der Stadt und auf dem Lande haben Solidarität zu zeigen. Arbeit wird ausgegeben von der Firma in Reudersdorf beim Gemeindevorstand, in Großschadowitz, in Pöbitz, in Linnendörfchen und in Pöbitz.

Die Partei- und Gewerkschaftsgenossen, deren Frauen Blumen machen, bitten wir, diese darauf aufmerksam zu machen und den streikenden Kollegen und Kolleginnen dadurch zum Siege zu verhelfen.

Abdruck in allen Arbeiterblättern erbeten.

Verband der Blumenarbeiter.

Achtung, Metallarbeiter!

Der Streik bei der Firma Würter u. Knirsch dauert ununterbrochen fort. Arbeiterfreundliche Zeitungen werden um Nachdruck gebeten.

Die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin, Dresden.

Inland.

Zum Streik der Binnenfahrer.

Der Bund deutscher Schiffer (Zuningsverband) nahm Stellung zum gegenwärtigen Lohnkampf in der Binnen-

schifffahrt. Am 19. Februar tagte in Hitzberg a. d. O. eine von 600 Privatschiffen besuchte Zuningsversammlung, an der auch Vertreter der Arbeiterverbände und Vertreter des Unternehmerverbandes teilnahmen. Der Zuningsverband wollte entscheiden, ob er in diesem Kampfe sich auf die Seite des Arbeitgeberbundes stellen sollte.

Die Vertreter der Arbeiter gaben eine Darstellung über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen; sie betonten u. a., daß sie es für richtig hielten, wenn die Bundesleitung mit dem Arbeiterorganisationen in Verbindung treten würde, um einen Vertrag zu schaffen, der den Wünschen der Privatschiffahrt Rechnung trage. Die Vertreter des Unternehmerverbandes versuchten mit allen Mitteln gegen die Arbeiterorganisationen scharfzumachen, sie forderten den Zuningsverband auf, sich dem Unternehmerverband anzuschließen. Die Herren stiegen jedoch bei den Privatschiffen auf hartem Widerstand. Die Privatschiffer fordern mit den Mannschaften die Nachruhe. Und in der Organisationsfrage betonten sie, daß die Schiffseigner sich nicht mit den Vertretern des Großkapitals verbinden könnten. Es meldeten sich dann auch nur ca. 25 Mann, die dem Unternehmerverband beiträten. Mit dem Verlauf dieser Versammlung können die Mannschaften zufrieden sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß demnächst Verhandlungen zwischen dem Zuningsverband und den Arbeiterorganisationen stattfinden.

Das Mannheimer Schiedsgericht aufgehoben.

In Friedrichsdorf (Kreis Mannheim) kam es im Juli 1912 anlässlich eines Streiks in der Deutschen Steingewerkschaft zu einer Schlägerei zwischen den Streikenden und den von Hamburg importierten Arbeitswilligen. Trotzdem die letzteren von ihren Arbeitgebern reichlich Gebrauch gemacht hatten, wurden nicht diese, sondern eine Anzahl Streikende angeklagt. Am 4. Dezember v. J. wurden vom Landgericht Mannheim sechs der Angeklagten zu insgesamt 21 Jahren Gefängnis verurteilt, obwohl man ihnen nicht nachweisen konnte, daß sie sich an der Schlägerei beteiligt hatten. Dieses Schiedsgericht wurde am 17. Februar vom Reichsgericht aufgehoben. In der Rechtsentscheidung des Reichsgerichts wird gesagt:

Die Bestimmungen der Strafprozeßordnung wurden verletzt, indem die protokollierten Zeugenaussagen der drei Arbeitswilligen, die vom Latorte verzogen und in der Gerichtsverhandlung nicht anwesend waren, verlesen wurden, ohne daß die gerichtliche Voraussetzung für ein solches Verfahren vorlag. Für einen der Verurteilten lag ein subjektiver Tatbestand überhaupt nicht vor. Ferner ist der § 153 der S.-O. unberücksichtigt geblieben. Dierhalb wurde das Urteil aufgehoben, auch für die Verurteilten, die keine Revision eingelegt hatten. — Die Reichsgerichtsentscheidung bedeutet für das Landgericht in Mannheim eine große Mißgunst.

Lohnbewegungen.

Die Verbände der Brauereiarbeiter und Böttcher haben am 13. November 1912 Tarifforderungen an die Apfelsweinfabrikanten in Frankfurt a. M. eingereicht. Die Forderungen sind die Unternehmung in zwei Verhandlungen machen, bestanden nur in einer Lohnzulage von wöchentlich einer Mark und einem fünfjährigen Heilung nach zweijähriger Dienstdauer. Dagegen sollte das Arbeitsverhältnis in anderer Beziehung eine Verschlechterung erfahren. Diese Forderungen, die zudem noch für fünf Jahre gelten sollten, lehnten die Arbeiter einstimmig ab. Die Unternehmer jetzt durch Vorkaufschlag in den Betrieben eine Frist, bis zu der die Arbeiter unterjährig die Einverständnisse mit dem Angebot der Unternehmer erklären sollten. Nach dieses lehnten die Arbeiter ab, worauf die Ausperrung erfolgte. Von den vorhandenen Firmen hat sich nur die Firma Hoffmann mit den Arbeitern verständigt und sich an der Ausperrung nicht beteiligt.

In Wenden wurden beim der Metallarbeiterausperrung vom Zentral-Einigungsverbanden angebahnt.

Advertisement for Nordsee products. Includes items like Seelachs, Kabeljau, Grüne Heringe, Dorsch, Schollen, and Große Vollheringe with prices.

Advertisement for JUNO 2 Pfg Cigarette by Jose Mi. Features a large illustration of a cigarette and the brand name.

Advertisement for clothing and goods. Includes 'Auf Ruf!!!' for Herren-Garderobe, 'Damen' for ladies' goods, and 'Auf Kredit!' for furniture and other items.







Molkerei-Artikel
C. G. Lange
Monats-Garderobe
Restaurants
Alt Gaßmeyer

Konzerthaus
Stadtwald-Schlosschen
Hirsch Rauchhaus
Waldschänke
Hellerau

Wobsa
Annenhof
Bauernschänke

Krystall-Hallen
Rößler Hof
H. Schnabel
Schloßschänke
Ubigau

W. Buchmann
Stadt Gumbinnen
Guths Stadt Mondsburg
Joh. Helmich
Carl Hoppe
August Knoll
Louis Kuntzer
Lohse's Gasthaus
Lustiger Zecher

W. Hühner
Otto May, Lilienstraße 25
Felsenkeller-Ausschank
Tunnel-Restaurant, Allmark

Schokoladen, Cacao, Tee
Gerling & Rockstroh
Hugo Müller
A. Klem, Margaretenstraße 31
Chokoladen
Hering

Papierwaren
J. Hönigsberg

Obst- und Beerenweine
Robert Weber

Optiker
Ed. Wiegand
G. Rosenmüller

Putz- und Modewaren
G. Krieger

Schneidwaren
Hausfrauen
Kunath & Polke

Schuhwaren
G. A. Gäbler

Amerikan. Beschlagnahme
Just Turnschuh

Jacob's Schuhhäuser

A. Schroll
Anton Müller

Seifen
G. A. Gäbler

Wilh. Geißler

Tafelöle
H. Florida-Tafelöl

Uhren und Goldwaren
MOLL

Treppenhauer

Lorenz

Heinrich Richter

Sattlerei und Polsterwaren
Herm. Roacher

Stempel, Schilder
Arno Meizer

Wasch- u. Plätt-Anstalten
Glitzner's Waschanstalt

Barmherz. Wäscherei

Landwäscherei
Leutewitz

Böttcherwaren
Karl Levin

Waffel- und Cäkaefabriken
ALFA

Waffeln
Richard Seim

Weine, Liköre
Schinke's Wermutwein

Schilling & Körner

A. Behrisch Nchlig

Adolph Eckhardt

A. L. Fuchs

Heinr. Thomschke

Paul Hoyer, Palmstr. 18

Zahnateliers
Dentift Flach
Dentift Bochmann
Karl König's Zahnpraxis

Wäsche
abwaschbare Dauer-Wäsche

Diverses
Herm. Földner

Belarich Otto

Porzellan Müller

Dresden-Löbtau
Anna Schlesinger

Bauer & Haase

Freudenberg's

Schuhhaus
Erbstößer & Haubert

Adler-Drogerie

Gemperl & Wcelak

Erdelweiss

Kauranus Haller

Kaufhaus Steinhardt

L. Hoffmann

F. Kaul

Robert Seidel

Dresden-Löbtau
Max Gläser

C. P. Hammer

W. Leonhardt

Briesnitz

Bühlau

Coswig

Carl Bähr

Adler-Brauerei

Guido Wippler

Emil Wähnel

Cossebaude

Brauerei Cossebaude

Markthalle

M. Marschner

J. Stöber

Carl Thomas

Dresden-Gruna
Franz Winkler

W. Leonhardt

Briesnitz

Bühlau

Coswig

Carl Bähr

Adler-Brauerei

Guido Wippler

Emil Wähnel

Cossebaude

Brauerei Cossebaude

Markthalle

M. Marschner

J. Stöber

Carl Thomas

Carl Thomas

Gorbitz
Brauerei Gorbitz

Gust. Eisert

W. Gänzel

Bühlau

Coswig

Carl Bähr

Adler-Brauerei

Guido Wippler

Emil Wähnel

Cossebaude

Brauerei Cossebaude

Markthalle

M. Marschner

J. Stöber

Carl Thomas

Carl Thomas



# Musenhalle

Einziges Varieté u. Volkstheater des Westens.  
Täglich abends 8.10 Uhr  
mit großem Beifall aufgenommen:

**Kein Recht, Schwank in einem Akt.**  
Anders will heiraten. Burleske.

**6 Gardenias in ihrer elektr. Neuheit??**

**Sonntags 3 Vorstellungen.**  
11-1 Uhr: **Matinee.** [K 4]

7-11 Uhr: **Colled Programm: 1. Akt mit 12 Stars frei!**

**Im Ballsaal: Beste Ballmusik des**  
Dresdner Westens.  
Konfuzienspiele, Klavierstücke!

## Gasth. Elb'errasse, Kleinzschachwitz

Sonntag den 23. Februar

**Einzugs-Schmaus** verbunden mit **H. Gockler-Ausverkauf**  
aus der Rumh. Aktienbrauerei Schöndorf.  
Gelegte Biere und Weine erster Firmen gelangen zum Ausverkauf.  
K 252

**Großes Schlachtfest.** Von früh 8 Uhr an Bestfleisch  
u. feine Federwürstchen.  
Abends: Die bekanntesten Schicht-Spezialitäten.

Hierzu laden ergebenst ein **Otto Hauptvogel und Frau.**  
Sonntags und Sonntag: [B 198]

## Grosser Bockbier-Rummel.

1 Paar große **Böckwürste** mit Rettich oder Kraut 45 Pf. —  
Zochkäse gratis! — Sonntags die bekannten billigen Preisliste.  
Es laden ergebenst ein **Paul Hauptvogel, Bernerstr. 20.**

## Hotel Goldner Stern, Dippoldiswalde.

Sonntag den 23. Februar 1913: **Größe öffentliche**  
**Tanzmusik.** 3 Kammerorchester geladene! [K 330]

Hierzu laden ergebenst ein **Hw. Schneider und Frau.**

## Restaurant zur Wartburg

**Gr. Bockbier-Rummel**  
u. musikalischer Unterhaltung.  
Speisen u. Getränke in bekannter  
Güte. Hierzu laden ergebenst ein  
**Oskar Vogel u. Frau.**

## Sachsen

Dresden-N., Mühlengasse 4  
empfiehlt seine feinsten Spezialitäten  
**Täglich Konzert.**  
**Edmund Richter u. Frau.**

## Gasthaus Stadt Pulsnitz

Am See u. Ecke Jakobsgasse.  
Empfehlen unsere feinsten Spezialitäten  
einer gepflegten Bewirtung. Betriebs-  
stimmer noch frei. **H. Meißner u. Frau.**

## Halt!!

Jeder kann sagen, was er  
will, die billigste Quelle ist  
und bleibt nur bei

## Hausmann

15. I. Große Brüdergasse 15, 1  
Rein Ausverkauf, jeder kann  
sich überzeugen. **Gebr. Mah-**  
**gauer** schon von 6 Pf. an.  
Herrsch. **Wasser** u. 4 Pf.  
an. **Wasser**, **Wasser** u. 2 Pf.  
an. **Wasser** von 30 Pf. an.  
u. **Wasser** u. 1.50 Pf. an.  
u. **Wasser** u. 1.50 Pf. an.  
u. **Wasser** u. 1.50 Pf. an.

## Monats-Garderobe

u. neuen Modestücken. **M. Hausmann**  
**Paletots, Joppen, Güten,**  
**Damenkleider, Schuhe** u.  
ganz billigen Preisen nur bei

## M. Hausmann

15. I. Große Brüdergasse 15, 1.  
A 123/4 über dem  
**Schlöb-Automaten.**  
**Jahrmärkte-Sonntag**  
**geöffnet!**  
Auswärtigen Kunden  
Fahrvergütung.

## Achtung!

Heute und morgen werden  
wieder **Mohntstraße 52**, direkt  
an der Leipziger Straße, mehrere  
**prima Schweine** verpauert, zu  
bekanntem **Tagesspreis.** [B 199]

## Mutterspritzen

**Hygien. Frauenartikel**  
**Frau Heusinger**  
• Am See 37 •  
Ecke **Dippoldiswalder** **Wen**

## 12 Kabinett-

**Photographien** von 3 Pf.  
an abwärts  
**Photograph. Rich. Jähnig**  
**Marienstraße 12**  
im **Louis von Weigel & Neß.**  
Unterhaltendes Kab. 15 Pf. u. vert.  
N 76 | Opernstraße 19, 1. r.

## Jch muss

## reden

in meinem **Verufe.** Darum  
führe ich das bewährte  
**Sonnen-Husten-Bonbon**  
**Schokoladen-Bonbon** stets bei mir.



Völkner Str. 14	Tel. 5102	Votenbawerstr. 24	Tel. 3970
Maustraße 4	Tel. 2257	Westenerstr. 17	Tel. 1885
Bismarckplatz 13	Tel. 4182	Rosenstr. 45	Tel. 1795
Singana Hindenburgstr.		Dachstr. 27	Tel. 4599
Höllnerstr. 12	Tel. 2808	Zorgener Str. 10	Tel. 1598
Wienerstr. 11	Tel. 4871	Trompeterstr. 5	Tel. 3957
Wartbaer Str. 14	Tel. 4050	Hietzschewerstr. 11	Tel. 4114

Kontore und Lagereien: Wölfnitzstr. 1. Tel. 1694.

Von heute direkt aus dem Dampfwerk eingetroffen

## 2 Waggonladungen

ist bei blaufischer Qualität als besonders preiswert zu empfehlen:

**Seelachs, „Selgol.“** in 1 1/2 bis 3 Pfundigen Prachtfischen . . . Pfund 25

**Seelachs, ohne Kopf, „Selgol.“** in großen vorzüglichen Fischen . . . Pfund 25

**Seeforellen, hochfeine** . . . Pfund 26

**Kabljan, „Selgol.“** großköpfige, bis dreipfündige . . . Pfund 26

**Schellfisch, „Selgol.“** in 1/2 Portionenfischen . . . Pfund 28

**Seekarpfen, hochfeine, silberblau** . . . Pfund 30

**Makrelen, „Selgol.“** bestkate ausgewählte Prachtfische . . . Pfund 35

**Makrelen-Heringe** extrafeine, große grüne, zum Braten, Kochen usw. 5 Pf. 50

**Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.**

Direkt aus den Brätereien (siehe eingetroffen):

## Eine Waggonladung feinste neue

## Riesen-Bratheringe

1/2 Dose etwa 40 Stück 1/2 Dose etwa 20 Stück

1/2 Dose a 270 Pf. 1/2 Dose a 145 Pf.

1/2 Dose a 275 Pf. 1/2 Dose a 150 Pf.

1/2 Dose a 280 Pf. 1/2 Dose a 155 Pf.

1/2 Dose a 285 Pf. 1/2 Dose a 160 Pf.

L 212/3 | Versand prompt gegen Nachnahme.

## Herrn!

## Das richtige Tagesgespräch

## in Dresden

ist und bleibt für alle, die sich elegant und leicht  
kleiden wollen, die Leistungsfähigkeit der Birma

## Pimsler, Dresden, Große Brüdergasse 37, I.

Dort kaufen alle zu Hause billigen  
Preisen nur wenig getragene herrschaftliche

## Monats-Garderobe

**Woll-Jacke** u. 7, 10, 14, 16 Pf. an ultra. getr. Paletots u.  
u. 9, 15 Pf. an ultra. wie auch gutere, einz. **JACKETS** u.  
**Stiefböden** u. 2 Pf. an getr. Herren- u. Damenstiefeln u. 1.50  
an. — **Stiefel** in neuen Herren- u. Damen-  
Anzügen von 3 M. an sowie neue **Hosen** u. 1.75 M. an.

## Ulster, Paletots u. Joppen

für Herren, Herren und Kinder zu neuen billigen  
Kinderanzügen u. 3 M. an. **Herr- u. Damen-  
Stiefel** u. 2 Pf. an. **Herr- u. Damenstiefeln** u.  
4.50 Pf. an. **Woll-Jacke** u. 7, 10, 14, 16 Pf. an.

## 37 Pimsler, Dresden, Gr. Brüderg. 37

steht dem Publikum gegenüber der Leipzigerstr.

Bei Kauf eines Anzugs od. Paletots ein Paar Herrenstiefel gratis.  
Jahrmärkte-Sonntag den 2. März geöffnet. [K 72]

Kunden von auswärtig erhalten Fahrvergütung.

Zum Verkauf unserer 12. Südrahm-Margarine u. Pflanzenbutter  
direkt an Private sofort **tüchtiger Mann oder Frau** bei  
hohem Verdienst ebenf. festem Gehalt gesucht. [K 814]

## Hans Siveke, Schräum-Margarine- und Pflanzenbutter-

Inhaber, Zerford 1, W. 198.

## Fahrräder

neue u. gebr., nur beste Fabrikate,  
sowie alle Ersatzteile u. Zubehör,  
wie Reifen, Schläuche, Wästel usw.  
Reparaturen aller Art sowie in  
bestmöglicher Weise schnell  
und zu äußersten Preisen.  
**C. Schneider, Schandauerstr. 15**  
Verkauf Sonntags [B 178]

## Rindfleisch, a Pfd. 70 Pf.

**Rudolf Schneider, Hauptbahnhof**  
**Herrschaff, getr. Herrenkleider** u.  
5 Pf. u. 10 Pf. **Dresdnerstr. 6, 1.**

## Agent a. jedem Ort gesucht

**H. Jürgens & Co., Zigarren- und  
Sigaretten-Fabrik, Hamburg 22.**  
Eine **kluge Frau** zu 2 großen  
Kinder- u. Kinderwagen. Zu erf.  
**Hietzschewerstr. 25, 2. l.** [B 173]

Gut erh. **Kinderwagen** 6 Pf. zu vert.  
**Zeitungsbes. Str. 5, 3, 1.** [K 191]

## Nur Breite Str. 12 II. (Ueber den

## Winterrublen)

lässt man **Anzüge**, von herrschaftlichen  
wenig getragen, von 3 M. an, getragene  
**Ulster** und **Paletots** von 6 M. an,  
**Konfirmanden-Anzüge** u. **Schuhe**  
sowie **Kinder-Anzüge** äußerst billig.  
**Jackets** und **Hosen** von 2 M. an,  
**Gummimäntel** u. **Wetter-Pole-**  
**rinon**, **Winterjoppen** für Herren,  
Herren und Kinder.

## Neues und getrag. Schuhwerk

A 88/2) in allen Größen, sehr preiswert.  
**Fracks u. Gehrocke** werden bill. vert. u. vert.  
u. **Runden** von **anwärts** Fahrvergütung. **Bitte**  
genau auf **Kammer** und auf **Schüler** dankbar zu achten.

## Nur Wähler, Dresden-A., Breite Strasse,

Jahrmärkte-Sonntag den 2. März geöffnet!

## 90 Pf. Bratenfleisch 90 Pf.

**Woll-Jacke** u. 70 und 80 Pf., **Woll-Jacke** 90 Pf., **frisches Schweine-**  
**fleisch**, **Rindfleisch**, **Hammelfleisch**, **frisches Kalbfleisch** 3 und  
**1 Pfund**, **Schmalz** 1/2 Pf. 50 Pf., **ausgewähltes Butter** 90 Pf.  
**Nur Schumannstraße 31, Ecke Nicolaistraße.**

## Sozialdemokratischer Verein.

## VI. Wahlkreis. Gruppe Deuben.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die **Genossin**  
**Anna Göpfert geb. Winkler**

nach **kurzem Krankenlager** verstorben ist.

Die **Beerdigung** findet **Sonntags** nachmittags 3 Uhr, vom  
**Krauerhause**, **Deuben**, **Rörnerstraße 2**, aus statt. [V 50]

**Bahre** zahlreiche **Beteiligung** ersucht. **Die Gruppenverwaltung.**

## Deutscher Tabakarbeiterverband

## Zahlstelle Deuben.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere **Kollegin**  
**Anna Göpfert geb. Winkler**

plötzlich an **Herzschwäche** im Alter von 55 Jahren verstorben ist.

Die **Beerdigung** findet **Sonntags** nachmittags 3 Uhr vom  
**Krauerhause** (**Deuben**, **Rörnerstraße 2**) aus statt. [K 113]

Um **recht zahlreiche Beteiligung** ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Allen **Verwandten** und **Bekanntem** die **traurige** Nachricht,  
daß **Wittwe** früh 11 Uhr meine **liebe Frau**, unsere **herz-**  
**gute Mutter**, **Gr. u. Schwiegermutter**

## Anna Marie Göpfert

nach **kurzem** **Leiden** sanft **entschlafen** ist.

In **tiefer** **Trauer**  
**Familie Göpfert** nebst **Angehörigen.**

**Deuben**, den 19. Februar 1913. [B 181]

Die **Beerdigung** findet **Sonntags** den 23. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, vom **Krauerhause**, **Rörnerstraße 2**, aus statt.

Nach **kurzem** aber **schwerem** **Leiden** verschied plötzlich unsere  
einzige **geliebte Tochter**, **Schwester**, **Enkelin** und **Onkel**

## Anna Fiedler.

**Sora**, **Kadeben**.

Die **Beerdigung** findet **Sonntags** nachmittags auf dem **Dübener Friedhof**.

Für die **überaus** **herzlichen** **Beweise** innigster **Teilnahme**  
und den **reihen** **Blumenschau** beim **Heimgange** meines **innig-**  
**geliebten Vaters**, unseres **guten Vaters**, des **Kaufmanns**

## Richard Max Gottlöber

lagen wir **hierdurch** allen **Bekanntem** und **Verwandten**, **werten**  
**Gästen**, der **freien** **Beteiligung** der **Bekanntem** und **dem**  
**6. Wahlkreis** unsern **herzlichsten Dank.**

**Marie** **bern. Gottlöber** nebst **Kinder.**  
[B 176]

**Jahrmärkte** **Sonntags** **den 2. März** **geöffnet.** [K 72]

**Kunden** **von** **auswärts** **erhalten** **Fahrvergütung.**

Zum **Verkauf** unserer **12. Südrahm-Margarine** u. **Pflanzenbutter**  
direkt an **Private** sofort **tüchtiger Mann oder Frau** bei  
hohem **Verdienst** ebenf. **festem** **Gehalt** gesucht. [K 814]

## Hans Siveke, Schräum-Margarine- und Pflanzenbutter-

Inhaber, Zerford 1, W. 198.

## Fahrräder

neue u. gebr., nur beste Fabrikate,  
sowie alle Ersatzteile u. Zubehör,  
wie Reifen, Schläuche, Wästel usw.  
Reparaturen aller Art sowie in  
bestmöglicher Weise schnell  
und zu äußersten Preisen.  
**C. Schneider, Schandauerstr. 15**  
Verkauf Sonntags [B 178]

## Rindfleisch, a Pfd. 70 Pf.

**Rudolf Schneider, Hauptbahnhof**  
**Herrschaff, getr. Herrenkleider** u.  
5 Pf. u. 10 Pf. **Dresdnerstr. 6, 1.**

## Agent a. jedem Ort gesucht

**H. Jürgens & Co., Zigarren- und  
Sigaretten-Fabrik, Hamburg 22.**  
Eine **kluge Frau** zu 2 großen  
Kinder- u. Kinderwagen. Zu erf.  
**Hietzschewerstr. 25, 2. l.** [B 173]

Gut erh. **Kinderwagen** 6 Pf. zu vert.  
**Zeitungsbes. Str. 5, 3, 1.** [K 191]

**Jahrmärkte** **Sonntags** **den 2. März** **geöffnet.** [K 72]

**Kunden** **von** **auswärts** **erhalten** **Fahrvergütung.**

Zum **Verkauf** unserer **12. Südrahm-Margarine** u. **Pflanzenbutter**  
direkt an **Private** sofort **tüchtiger Mann oder Frau** bei  
hohem **Verdienst** ebenf. **festem** **Gehalt** gesucht. [K 814]

## Hans Siveke, Schräum-Margarine- und Pflanzenbutter-

Inhaber, Zerford 1, W. 198.

## Fahrräder

neue u. gebr., nur beste Fabrikate,  
sowie alle Ersatzteile u. Zubehör,  
wie Reifen, Schläuche, Wästel usw.  
Reparaturen aller Art sowie in  
bestmöglicher Weise schnell  
und zu äußersten Preisen.  
**C. Schneider, Schandauerstr. 15**  
Verkauf Sonntags [B 178]





